

Pressespiegel 2020

Press Documentation 2020

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von
Prepared by

Datum
Date

Konzernkommunikation

15.06.2020 / KW 24

„APA“ 15.06.2020

ADMIRAL Österreich erneut mit dem Gütesiegel für ‚Betriebliche Gesundheitsförderung‘ ausgezeichnet - BILD

Utl.: Dem österreichischen Glücksspiel- und Sportwettanbieter ADMIRAL wurde erneut das renommierte Gütesiegel der Österreichischen Gesundheitskasse verliehen.

Wiener Neudorf (OTS) - ADMIRAL Österreich wurde im Rahmen einer feierlichen Verleihung von Beate Anglmayer (Kundenservice ÖGK) und Elisabeth Gschiel (Leiterin Kundenservice ÖGK) die Auszeichnung zur ‚Betrieblichen Gesundheitsförderung‘ (BGF) als Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung für zahlreiche Maßnahmen überreicht. Damit darf ADMIRAL nun auch für die Jahre 2020-2022 das anerkannte Gütesiegel des Österreichischen Netzwerks für BGF tragen.

„Das BGF-Gütesiegel unterstreicht unser Engagement für das Wohlbefinden und die Zufriedenheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Darüber hinaus bestätigt es, dass wir bei der Förderung und beim Erhalt der Mitarbeitergesundheit auf einem guten Weg sind“, freut sich Monika Racek, Vorstandsvorsitzende der ADMIRAL Casinos & Entertainment AG, über die Auszeichnung.

Die Österreichische Gesundheitskasse zeichnet Unternehmen, die ein besonderes Augenmerk auf die Gesundheitsförderung ihrer Mitarbeiter legen, mit dem BGF-Gütesiegel aus. Im Rahmen des Audits werden die Gesundheitsorientierung eines Betriebes geprüft und die Leistungen zur Förderung der Mitarbeitergesundheit prämiert.



Credit: ADMIRAL

Monika Racek (Vorstandsvorsitzende ADMIRAL Casinos & Entertainment AG), Paul Kozelsky (Geschäftsführer ADMIRAL Sportwetten GmbH), Elisabeth Gschiel (Leiterin Kundenservice ÖGK) und Beate Anglmayer (Kundenservice ÖGK) bei der Zertifikatsverleihung.

Über ADMIRAL

ADMIRAL ist die operative Dachmarke der NOVOMATIC AG, einem österreichischen Familienunternehmen der internationalen Spitzenklasse. Als Teil eines weltweit tätigen Konzerns und Marktführers der Gaming Technologie-Branche - der NOVOMATIC AG - kann ADMIRAL auf das seit mehreren Jahrzehnten bestehende Know-how in den Bereichen Sportwetten, Gaming Terminals und Gaming-Technologie eines Global Players zurückgreifen. Darüber hinaus pflegt ADMIRAL seit Jahren ihre österreichischen Wurzeln, die in Gumpoldskirchen liegen.

Die ADMIRAL Sportwetten GmbH bietet mit mehr als 30 verschiedenen Sportarten und mit über 20 Buchmachern ein breites Sportwetten-Angebot und ist Nummer 1 im österreichischen Wettgeschäft. Die ADMIRAL Casinos & Entertainment AG ist im Rahmen der Landesauspielungen Bewilligungsinhaberin für den Betrieb von 2.244 Glücksspielgeräten an 148 Standorten in fünf Bundesländern (Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark).

CAUSA CASINOS

FPÖ-Berater als Mittelsmann zwischen Fuchs und Novomatic

Aufsichtsrat sollte auf Staatssekretär Einfluss nehmen, damit dieser Lizenzvergaben unterstützt

SEITEN 2/3

Rechnungsprüfer der FPÖ Oberösterreich und blauer Aufsichtsrat soll Kontakt

Verdacht: FPÖ-naher Berater

Wer machte einst Novomatic-Gründer Johann Graf und Novomatic-Boss Harald Neumann mit dem für Glücksspiel verantwortlichen FPÖ-Staatssekretär Hubert

Fuchs bekannt? Laut Ermittlern der FPÖ-nahe Steuerberater und blaue Aufsichtsrat Josef Walch. Auch gegen ihn wird ermittelt – wegen Verdacht der Bestechung.

Nun geht aus der „Krone“ vorliegenden Unterlagen auch hervor, dass es bei einem Mann namens Josef Walch zu einer Hausdurchsuchung kam. Auch gegen ihn wird ermittelt – wegen Verdacht der Bestechung. Dazu gleich noch mehr.

Zuerst sei nämlich noch erwähnt: Walch ist nicht so unbekannt, wie sein Name klingen mag. Der Linzer Steuerberater und Wirtschaftsprüfer hat FPÖ-Nähe – konkret zur Landespartei in Oberösterreich, deren Rechnungsprüfer er ist. Außerdem wurde er von den oberösterreichischen Blauen in zwei Aufsichtsräte im Bundesland entsandt.

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Bei der Spesenaffäre geht es längst nicht mehr darum, was Strache der FPÖ alles verrechnet hat,

sondern darum, ob er jemals irgendetwas aus eigener Tasche bezahlt hat.



Foto: Thomas Meyer Photography



Ex-Novomatic-Boss Neumann und Ex-FPÖ-Staatssekretär Fuchs.

Weil die Causa Casinos – die Ermittler gehen in dieser Sache unter anderem dem Verdacht nach, der Glücksspielkonzern Novomatic habe sich Lizenzen und Gesetze kaufen wollen – noch immer Verschlussache ist, ist bis heute nicht bekannt, gegen wie viele Beschuldigte insgesamt ermittelt wird.

Die Namen prominenter Beschuldigter sind schon länger bekannt.



Foto: Sepia Media/Martin Juen

zwischen Novomatic und Staatssekretär eingefädelt haben

war der Mittelsmann

Doch welche Rolle soll Walch in der Causa Casinos gespielt haben? Aus den Unterlagen geht hervor, dass er so etwas wie die Rolle eines Mittelsmanns innegehabt haben dürfte. Von Novomatic-Gründer Johann Graf und Ex-Novomatic-Boss Harald Neumann soll er zwei Aufträge erhalten haben: Erstens, Kontakt zu Hubert Fuchs, dem für Glücksspiel verantwortlichen FPÖ-Staatssekretär, herzustellen und Treffen zu organisieren. Zweitens, auf Fuchs Einfluss zu nehmen, damit dieser die Realisierung einer Lizenzvergabe unterstützt.

In den Unterlagen heißt es, dass der Verdacht besteht,

dass Graf und Neumann Walch „den Auftrag zur Beeinflussung von Fuchs erteilen und dafür einen 50.000 Euro übersteigenden Vorteil für die Bemühungen von Walch sowie eine ‚success fee‘ für den Fall der Realisierung der gewünschten Casino- bzw. Onlinelizenz in Aussicht stellten und gleichzeitig vereinbarten, dass ein ebenfalls 50.000 Euro übersteigender Teil dieser Vorteile auch Fuchs versprochen und gewährt werden sollte“.

Oberösterreichs FPÖ-Chef und Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner lässt die „Krone“ wissen, dass Walch als Steuerberater und Wirt-

schaftsprüfer sein Vertrauen genieße. „Ich kenne ihn auch persönlich recht gut und habe ihn immer als untadeligen Mann geschätzt.“ Über dessen „sonstige geschäftliche Tätigkeiten“ wisse er „nichts“. Vor einer gerichtlichen Klärung will er die Vorwürfe gegen Walch nicht beurteilen. Sandra Schieder



Ich kenne Herrn Walch auch persönlich recht gut und habe ihn immer als untadeligen Mann geschätzt.

Oberösterreichs FPÖ-Chef
Manfred Haimbuchner



„Die Wucht des Peter Pilz fehlt noch“

Erste Bilanz. Nach vier Sitzungen im Ibiza-U-Ausschuss analysiert Politik-Berater Thomas Hofer die Performance. Sind die Grünen noch die Transparenz-Partei? Und wer steigt in die Rolle von Peter Pilz?



Gleich zum Auftakt des U-Ausschusses wurde Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache befragt. Viele Fragen ließ er unbeantwortet. Vier Stunden lang dauerte seine Befragung

Thomas Hofer



Analyse-Profi
Der renommierte Politik-Analytiker Thomas Hofer ist Stammgast im ORF, bei Puls4 und ATV. Hier wurde er schnell durch seine punktgenauen und eloquenten Politikanalysen nach Wahlen, Politik-Skandalen und Regierungskrisen bekannt

VON IDA METZGER

Nach nur vier Tagen Ibiza-U-Ausschuss gehen bereits die Wogen hoch: Entschlagungsrallies, Abbruch einer Befragung, endlose Geschäftsordnungsdiskussionen und der offene Grabenkampf zwischen Justiz und Polizei dominierten die ersten Sitzungen des parlamentarischen Ibiza-U-Ausschusses.

Das Ibiza-Video und Heinz-Christian Strache avancieren fast zur Randerscheinung. Dabei sollte es um die Klärung der politischen Verantwortung um möglichen Gesetzeskauf, Postenschacher und versteckte Parteienfinanzierung gehen. „Diese exzessive Auslegung der Entschlagung ist für den Politik-Otto-Normalverbraucher eine gewisse Farce und wirkt lähmend“, analysiert Politikberater Thomas Hofer, der den Ibiza-U-Ausschuss live beobachtete und für den KURIER eine erste Bilanz zieht.

Die beiden Hauptdarsteller des Ibiza-Videos, Heinz-Christian-Strache und Johann Gudenus, machten den Anfang. Sie kündigten gleich bei ihrem Ein-

gangsstatement an, dass sie wenige Fragen beantworten werden. Das zieht sich nun wie ein roter Faden durch. Bis an die Grenze des Ertragbaren reizten Ex-Novomatic-Vorstand Harald Neumann und Ex-FPÖ-Abgeordneter Markus Tschank das Entschlagungsrecht aus. Bei Neumann wurde die Befragung sogar abgebrochen.

„Ermüdung provozieren“

Wie kommt es dazu? Dazu muss man wissen: Alle vier Aussagepersonen werden von der Staatsanwaltschaft als Beschuldigte in mehreren Verfahren geführt. Das gibt ihnen das Recht, die Antwort zu verweigern.

„Dieses Instrument wird auch genutzt, um einen Ermüdungsfaktor für die Beobachter zu provozieren. Da muss man aufpassen, dass das nicht zur Gefahr für den U-Ausschuss wird“, warnt Hofer. Nun soll ein Gutachten klären, bei welchen Fragen eine Aussageperson die Antwort verweigern kann.

Noch ein Faktum prägt diesen U-Ausschuss. Es ist der erste nach der Ära Peter Pilz. „Er war ein Meister

seines Fachs“, so Hofer. Doch bisher „fehlt die Wucht eines Pilz“ noch, kein Abgeordneter konnte sie bereits entwickeln. „Aber es ist ja erst der Start“, so Hofer hoffnungsvoll.

Was fehlt den Abgeordneten? Politikinsider Hofer vermisst noch, dass sich die Abgeordneten untereinander „abstimmen und sich die Bälle zuschieben“, damit die „Aussageperson in eine Art Kreuzverhör genommen werden kann“. Was Pilz auch auszeichnete, war seine Kunst, eine „blumige Erzählung aufzubauen, auch wenn es oft überspitzt war“.

Für die Abgeordneten der Opposition existiert eine Reizperson – und die ist der U-Ausschussvorsitzende und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Für Neos-Abgeordnete Stephanie Krisper ist der ÖVP-Politiker befangen, was dieser vehement bestreitet.

Für Hofer sind die Attacken der Opposition gegen Sobotka ein Teil des Positionierungskampfes. „Was ich gesehen habe, versucht er sehr oft die Verfahrensrichterin einzubinden, um sich nach allen Seiten abzusichern und keine Angriffsfläche zu geben“.

Karrierestationen
Er studierte Kommunikationswissenschaft und Anglistik in Wien sowie politisches Management in Washington D.C. Vor seiner Karriere als Politikberater arbeitete er als Innenpolitikredakteur beim „profil“. Nun unterrichtet er Kampagnenmanagement an der FH Wien und veröffentlichte zahlreiche Bücher (z.B. „Die Tricks der Politiker“)

Wolfgang Gerstl: Der Aufpasser ÖVP

Alles wegdrukken. Die Rolle des ÖVP-Fraktionsführers ist eindeutig: „Alles wegdrukken, was die ÖVP politisch unangenehm beschäftigen könnte“, so Thomas Hofer. Wenn der Politikberater Gerstl in Aktion sieht, dann hat er ein Déjà-vu: Gerstl erinnert an den Ex-ÖVP-Abgeordneten, Werner Amon, wenn dieser auch geübt in der Rolle war. Amon war zuletzt ÖVP-Fraktionsführer im BVT-U-Ausschuss und beim Korruptions-U-Ausschuss.

Allerdings übertreibt es Gerstl mit seinen Einschreivungsversuchen. Auch bei Pressekonferenzen will Gerstl Fragen an ÖVP-Politiker nicht zulassen. So geschehen bei Karl Nehammer. In der Pressekonferenz nach dem U-Ausschuss wurde der Innenminister zu einem anderen Thema als Ibiza gefragt. Gerstl wollte diese Frage abwürgen. Das geht gar nicht.



ÖVP: Wolfgang Gerstl schreit bei Pressekonferenzen ein

C. Hafenecker: Der Angreifer FPÖ

Gegengerzählung. Es gab schon viele U-Ausschüsse, die die politische Verantwortung der FPÖ aufklären sollten: Das war so im Korruptions-U-Ausschuss oder dem Hypo-U-Ausschuss. Stets war die FPÖ hier in der Defensive. So auch jetzt.

Fraktionsführer Christian Hafenecker und dem Abgeordneten Martin Graf gelingt es ganz gut, „eine Gegengerzählung zum Ibiza-Video aufzubauen“, so Hofer. Und zwar, dass das, was Strache im Ibiza-Video dem Lockvogel anbot, „kein singuläres Ereignis in der Republik ist“. Dieses Gefühl bauen sie mit cleveren Fragen auf. „Sie erzeugen Zweifel, wenn sie fragen: Warum finden wir nur die SMS von Strache an Sebastian Kurz im Akt, aber nicht die SMS-Antwort von Kurz. Nach dem Motto: Glaubt ihr wirklich, dass die Geschichte nur eine Seite hat?“, bilanziert Hofer.



FPÖ: Christian Hafenecker will Gegengerzählung aufbauen

Nina Tomaselli: Die Erbin Grüne

In der Zwickmühle. Peter Pilz, Gabi Moser, Werner Kogler waren die Aufdecker der Grünen. Das sind große Fußstapfen in die der U-Ausschuss-Neuling Nina Tomaselli hier schlüpfen muss. Die Frage lautet: Sind die Grünen noch die Transparenz-Partei und kann Nina Tomaselli dieses Erbe antreten? „Das ist ein großes Erbe, das man kaum erfüllen kann“, so Hofer.

Heikel ist die Position der Grünen, da sie in der Koalition mit der ÖVP sind. „Tomaselli ist bemüht zu zeigen, dass sie sich die Rolle der Transparenzpartei nicht von den Neos wegnehmen lassen. Alleine ist das für Tomaselli nicht zu schaffen“, so Hofer. Um die Position der Grünen zu halten, braucht es Hilfe von außen. „Justizministerin Alma Zadicist gefordert, dass sie ein hartes Transparenzgesetz auf den Weg schickt“.



Grüne: Nina Tomaselli hat ihre Rolle noch nicht ganz gefunden

Jan Krainer: Der Routinier SPÖ

Top-Performance. Er hat bis jetzt die beste Performance. SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer konnte Erfahrung sammeln im Hypo-U-Ausschuss, aber auch im BVT-U-Ausschuss, die er jetzt vollauspielt. „Krainer ist auch rhetorisch sehr gut und liefert gute Interpretationen der Geschehnisse im U-Ausschuss, die im Gedächtnis picken bleiben“, analysiert Hofer.

Krainer, der bei der Budgetdebatte vor zwei Wochen den Coup landete, indem er auf einen gravierenden Zahlenfehler (statt 102 Milliarden, stand 102.000 Euro im Abänderungsantrag von Finanzminister Gernot Blümel) hinwies. „Krainer hat ein Hoch. Seine mediale Präsenz ist daher besser als die seiner Parteichefin. Er hat die Chance sich so zu positionieren, dass er derjenige ist, der der Koalition auf die Finger klopft“.



SPÖ: Jan Krainer kann im U-Ausschuss ordentlich punkten

S. Krisper: Die Hartnäckige Neos

Neue Mrs. U-Ausschuss? Viele attestieren Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper, dass sie das Zeug hat, die neue „Mrs. U-Ausschuss“ als Nachfolgerin von Peter Pilz zu werden. „Für die Neos avancierte Krisper zu einem Asset. Sie leistet sehr gute Arbeit und verbeißt sich in die Akten“, urteilt Hofer.

Vergleicht man den Stil von Krisper und Peter Pilz, dann ist der doch sehr unterschiedlich. Krisper ist ein sehr gerader, stringenter Typ und in der Sprache eher nüchtern. „Sie hat ein sehr gutes Standbein, aber ihr fehlt noch das Spielbein, um mit ein paar Dribblings zu punkten. Krisper versteht es populistisch zu agieren, aber in der Darstellung muss sie noch blumiger werden“, so Hofer.

Aber: Sie hat es geschafft, den Grünen das Image der Transparenzpartei strittig zu machen.



Neos: Stephanie Krisper nimmt Grünen das Aufdeckermagie

„betreffend mutmaßliche Käuflichkeit“

Glücksspiel-Lobbying: Wie ein Vizekanzler Strache sich für lizenzenloses Online-Gaming einsetzte, die Casinos Austria AG sich neun Abgaben-Millionen pro Jahr ersparen wollte – und Novomatic Kontakt zu FPÖ-Staatssekretär Fuchs gesucht haben soll.

VON STEFAN
MELICHAR UND
JAKOB WINTER

Ein einziger, kurzer Absatz im Glücksspielgesetz kann über Millionen Euro entscheiden. Kein Wunder also, dass das Gesetz und der dafür zuständige Finanzminister immer schon heftigsten Lobbying-Versuchen ausgesetzt waren. Das verdeutlicht auch der mehrere Tausend Seiten starke Casinos-Akt, den profil studiert hat. Anhand von Mails, Einvernahme-protokollen und Aktenvermerken – aber auch von Geheimpapieren aus dem Vizekanzleramt – zeigt sich, wie die Interventionen in der Praxis laufen.

Blau Freunde

Mittwoch, 11. März 2020, 6.14 Uhr: Beamte des Bundeskriminalamts läuten an der Tür eines Einfamilienhauses in Linz. Im Gepäck haben sie eine Durchsuchungsanordnung der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) in der Causa Casinos. Der Bewohner der Liegenschaft, ein Steuerberater namens W., öffnet nach ein paar Minuten die Tür. Als er die Anordnung durchliest, äußert er – laut einem Aktenvermerk, der profil vorliegt – mehrmals, dass er die darin genannten Personen überhaupt nicht kenne. Bis auf eine prominente Ausnahme: „seinen langjährigen Freund MMag. DDr. Hubert Fuchs“.

Selber Tag, eine Dreiviertelstunde später: Um 7.00 Uhr betätigt ein anderes Ermittlerteam die Gegensprechanlage eines Hauses in einer der schöneren Wohngegenden Wiens. Hier lebt Alexander M., sei-

Staatsanwälte würden diese als eine Art „Preisliste“ verstehen. Eines ist jedenfalls fix: Auf einem der Zettel, die profil vorliegen, steht rechts oben: „Termin vor Weihnachten Fuchs“.

Hier schließt sich – so hat es zumindest den Anschein – der Kreis: Laut Verdachtslage soll M. als Mittelsmann zwischen der Novomatic-Spitze und W. fungiert haben. W. wiederum habe den Kontakt zum damaligen FPÖ-Finanzstaatssekretär Fuchs hergestellt und mehrere Treffen mit Novomatic-Alleineigentümer Johann Graf und Novomatic-Chef Harald Neumann organisiert. Graf und Neumann – der mittlerweile bei Novomatic ausgeschieden ist – hätten W. beauftragt, Fuchs zu beeinflussen und „dafür einen 50.000 Euro übersteigenden Vorteil für die Bemühungen des Mag. W. sowie eine ‚success fee‘ für den Fall der Realisierung der gewünschten Casino- bzw. Onlinelizenz in Aussicht“ gestellt. Gleichzeitig hätten sie vereinbart, dass „ein ebenfalls 50.000 Euro übersteigender Teil dieser Vorteile auch MMag. DDr. Hubert Fuchs versprochen und gewährt werden sollte“. W. soll Fuchs das Angebot mitgeteilt und einen Teil des Geldes zugesagt haben.

Betont sei, dass alle Betroffenen sämtliche Vorwürfe vehement bestreiten. Die Causa Casinos war in der vergangenen Woche auch Thema im parlamentarischen Untersuchungsausschuss „betreffend mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung“. Der als Auskunftsperson geladene Ex-Novomatic-Chef Neumann entzog sich jedoch – mit Blick auf das laufende Ermittlungsverfahren – oftmals der Aussage.

Bemerkenswert ist die Verbindung zwischen Fuchs und Steuerberater W. aber allemal. Eine Anwältin von W. teilte der WKStA einige Tage nach der Hausdurchsuchung in Bezug auf Treffen zwischen W. und Fuchs mit, die beiden wären „Mitglieder und Funktionäre derselben politischen Partei“ gewesen. „Es ging bei den Terminen um Parteiangelegenheiten und Aspekte der anstehenden Steuerreform, zu denen der Beschuldigte aufgrund seiner jahrelangen Tätigkeit als Steuerberater Expertise beisteuern konnte.“ Festgehalten wurde auch, dass W. seit Jahren für Novomatic „im Bereich der Bekämpfung des illegalen Glücksspiels als Steuerberater“ tätig gewesen sei.

Ist es tatsächlich denkbar, dass ein vertrauensvoller Kontakt zu einem Finanzstaatssekretär – vermittelt über einen jahrelangen Freund – so viel Geld wert wäre, wie die Staatsanwaltschaft vermutet? Den Ermittler schließen aus einem aufgefundenen Vertragsentwurf, dass W. von Novomatic immerhin 281.750 Euro plus ein Erfolgshonorar in unbestimmter Höhe erhalten hätte sollen. Ein Blick in die Praxis zeigt freilich, dass das Glücksspiel ein wahres Paradies für Lobbying und Beeinflussungsversuche

Die Casinos Austria AG beabsichtigt beim Bundesministerium für Finanzen zu beantragen, den Höchstbetrag der Sonderjetons nach § 28 Abs 2 GSpG von derzeit EUR 30,- in Relation zum österreichischen Wirtschaftswachstum auf nunmehr EUR 40,- anzuheben.

Dies ermöglicht der Casinos Austria AG auch weiterhin eine breite Gästeschild, insbesondere auch touristische Gäste und Ausgeh Gäste, anzusprechen, welche sonst aufgrund der Deckungsbeitragsituation wirtschaftlich schwer darstellbar sind.

Datum: 12.01.2019

Klassifizierung: VERTRAULICH

**SCHREIBEN AN DAS
MINISTERIUM**
Wäre der Vorschlag
durchgegangen,
hätte sich die CASAG
jährlich rund neun
Millionen Euro an
Abgaben erspart.

nes Zeichens Manager beim niederösterreichischen Glücksspielkonzern Novomatic. Auch er gilt in der Causa Casinos mittlerweile als Beschuldigter. Die WKStA geht bekanntlich dem Verdacht nach, es habe einen „FPÖ-Novomatic-Deal“ gegeben: Novomatic-Vertreter hätten sich – kurz gesagt – durch Bestechung die Unterstützung blauer Spitzenpolitiker sichern wollen, etwa in Bezug auf die Vergabe von Glücksspiellizenzen.

Umso bemerkenswerter ist ein Fund, den die Beamten im Arbeitszimmer von Alexander M. machen: Im Schreibtisch stoßen sie auf drei Blätter Papier, „auf denen sich zum Teil handschriftliche Notizen über die Beschaffung von Casinolizenzen befanden“. So schreibt es einer der Ermittler in den Durchsuchungsbericht. Vor wenigen Tagen berichtete die „Kronen Zeitung“ über den Inhalt der Notizen. Die

darstellt. Bereits vergleichsweise kleine Änderungen im Bereich der Glücksspielgesetzgebung sind für die Betreiber in Gold aufzuwiegen.

Der 18-Millionen-Euro-Paragraf

Eine Gesetzespassage wie ein Lotto-Sechser: Für die Casinos Austria AG ist Paragraph 18, Absatz 2 des Glücksspielgesetzes mehrere Millionen Euro wert. Das kommt so: Besucher von Casinos des Unternehmens werden gleich am Eingang mit einem Angebot gelockt. Wer 27 Euro bezahlt, erhält dafür Begrüßungsjetons im Wert von 30 Euro – beinahe jeder Spieler steigt auf den Deal ein. Was kaum ein Gast weiß: Auf die Umsätze der Begrüßungsjetons müssen die Casinos nicht die 30-prozentige Spielbankabgabe leisten. Dank dem Gesetzespassus erspart sich der teilstaatliche Glücksspielkonzern einen zweistelligen Millionenbetrag pro Jahr.

Das reichte den Casinos Austria offenbar nicht, wie profil vorliegende Akten aus dem Finanzministerium belegen: Demnach lobbyierte das Unternehmen Anfang 2019 bei Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) dafür, den Höchstbetrag der Begrüßungsjetons von 30 auf 40 Euro anzuheben. Freilich ohne auch nur mit einer Silbe zu erwähnen, dass diese Chips abgabenbefreit sind.

Doch ein kundiger Beamter aus der Fachabteilung für Glücksspiel empfahl dem Minister, das Ansinnen abzuweisen. Auf die Bitte des Löger-Kabinetts, eine Einschätzung zu der Casinos-Forderung abzugeben, schrieb der Beamte per Mail: „Die Sonderjeton-Regelung mindert derzeit die Bemessungsgrundlage der Spielbankabgabe um rund 80 Millionen Euro pro Jahr, das entspricht einem Ausfall an Spielbankabgabe von rund 24 Millionen Euro pro Jahr. Eine Erhöhung der Sonderjetons von 30 auf 40 Euro würde die Bemessungsgrundlage um weitere rund 26 Millionen Euro pro Jahr reduzieren und zu einer Minderung des Spielbankabgabekommens um weitere rund 9 Millionen Euro pro Jahr führen.“ Von profil befragt, bestätigen die Casinos zwar den Steuervorteil, relativieren allerdings die Zahlen: Die Bemessungsgrundlage sei 2019 um 61,5 Millionen Euro gemindert worden, was einem Steuervorteil von rund 18 Millionen Euro entspricht. So oder so: eine Menge Geld.

In seiner „Einschätzung“ an das Löger-Kabinett führt der Finanzbeamte weiter aus, dass die Casinos-Bitte im Wesentlichen einer „Steuersenkung“ für das Unternehmen gleichkäme. Und er äußert grundsätzliche Zweifel an dem Paragrafen: „Sonderjetons stellen eine Steuerbegünstigung dar und sind kritisch zu sehen, da diese sachlich schwer zu begründen sind und verfassungsrechtliche Fragen im Hinblick auf den Gleichbehandlungsgrundsatz aufwerfen“, weil es keine vergleichbaren Steuernachlässe für Betreiber von Landesglücksspielautomaten gäbe. Daraus folgt für den Ministerialrat: „Die Fachabteilung spricht sich für eine Streichung der steuerlichen Sonderjeton-Regelung aus“, denn „Sonderjetons stellen ein hohes Risiko dar“ – der Beamte schreibt von „Verfahrensrisiken“. Ge-

meint sind wohl mögliche juristische Beschwerden von Konkurrenten aus der Glücksspielbranche.

Strache und die Konzessionslosen

Obwohl es nur eine einzige österreichische Konzession für das Online-Glücksspiel gibt, bieten im Netz Dutzende Anbieter ihre digitalen Slot-Machines und Roulettetische an. Der einzige legale Betreiber, die Casinos Austria-Tochter win2day, kommt deshalb bloß auf einen Marktanteil von einem Drittel. Der große Rest entfällt auf die lizenzlosen Anbieter, die im Jahr 2019 in Österreich 308 Millionen Euro an Bruttospielleinnahmen erwirtschafteten. Diese Betreiber operieren mit Lizenzen aus Malta oder Gib-

HEINZ-CHRISTIAN STRACHE, „STEUER-AGENDA“
Das Vizekanzleramt dachte offenbar eine Liberalisierung des Online-Glücksspiels in Österreich an.

Dänemark als europäischer Vorreiter bei der Regulierung von Online-Glücksspiel

- Lizenzierungssystem ohne zahlenmäßige Beschränkung der Lizenzen aber strenge Auflagen hinsichtlich Verbraucher-, Daten- und Jugendschutz



Bei der weiteren Durchsuchung konnten noch mehrere Datenträger vorgefunden und sichergestellt werden.

Weiters wurden im Schreibtisch im Arbeitszimmer drei Blatt Papier vorgefunden, auf denen sich z.T. handschriftliche Notizen über die Beschaffung von Casinolizenzen befanden. Diese wurden ebenfalls sichergestellt.

AUS DEM HD-BERICHT ZU ALEXANDER M.
Beim Novomatic-Manager wurden interessante Aufzeichnungen gefunden.



raltar und berufen sich auf die EU-Dienstleistungsfreiheit. Das Finanzministerium hat zu diesen Online-Gaming-Anbietern jedenfalls eine klare Rechtsmeinung: Es hält sie für – wörtlich – „illegal“. Doch dem Finanzressort fehlt eine gesetzliche Handhabe gegen die Betreiber. Deshalb wollte das Ressort unter Minister Hartwig Löger (ÖVP) den Konzessionslosen im Februar 2018 einen digitalen Riegel vorschieben; und legte einen Gesetzesentwurf zum sogenannten „IP-Blocking“ vor. Damit hätten die Websites der Betreiber gesperrt werden können. Doch nur wenige Tage später wurde die Novelle zurückgezogen und ward seither nie mehr gesehen.

Ein äußerst ungewöhnlicher Vorgang: „Ich habe ein solches Vorgehen in meiner 35-jährigen dienstlichen Erfahrung noch nie erlebt“, gab ein Beamter

der Fachabteilung Glücksspiel im Finanzministerium bei seiner Zeugenaussage gegenüber Ermittlern der Korruptionsstaatsanwaltschaft zu Protokoll.

Warum wurde das Gesetz plötzlich zurückgezogen und verstaubt seither im Ministerium? Immer wieder wurde kolportiert, dass der damalige Koalitionspartner FPÖ im letzten Moment ein Veto einlegte.

Dafür gibt es nun neue Indizien: ein profil vorliegendes Papier aus dem Vizekanzleramt vom August 2018. Ein Strache-Mitarbeiter verschickte das Papier damals an FPÖ-Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs – in Vorbereitung auf einen Termin zwischen Fuchs und Strache. Fuchs war als Staatssekretär auch für das Glücksspiel zuständig.

In dem Papier, das den Titel „Steueragenda 2018“ trägt, listet das Vizekanzleramt unter der Überschrift „Glücksspiel Novelle 2018“ mehrere Vorschläge auf. An einer Stelle heißt es: „Warum seriöse Online-Glücksspielanbieter aus der EU nicht geblockt werden dürfen.“ Das ist aus mehreren Gründen bemerkenswert: Für den Vizekanzler waren die lizenzlosen Anbieter „seriös“, während das Finanzministerium sie zeitgleich als „illegal“ bewertete – Strache war laut dem internen Papier also gegen das weitreichende IP-Blocking,

Ein Papier des Vizekanzleramts 2018 entsprach inhaltlich weitgehend den Positionen einer Glücksspiel-Lobby.

Das Einschreiten der Kriminalpolizei erfolgte kurz nach 6.00 Uhr. [Name] wurde zunächst über den Inhalt der Durchsuchungsanordnung und seine Rechte informiert. Er verständigte telefonisch seinen Rechtsanwalt und erklärte sich damit einverstanden, bis zu dessen Eintreffen bereits mit der Durchsuchung der Örtlichkeit zu beginnen.

Beim Durchlesen der Durchsuchungsanordnung äußerte er mehrmals, dass er die darin genannten Personen – bis auf seinen langjährigen Freund MMag. Dr. Hubert FUCHS – überhaupt nicht kenne.

das vom Finanzministerium forciert wurde. Und: Die Forderungen, die in dem Paper aus dem Vizekanzleramt vorgebracht werden, sind weitgehend deckungsgleich mit den Positionen einer Lobbying-Gruppe für Glücksspiel: der Österreichischen Vereinigung für Wett- und Glücksspiel (OVWG). Die OVWG vertritt die Interessen der konzessionslosen Online-Glücksspiel-Anbieter in Österreich und wünscht sich gesetzliche Rahmenbedingungen wie im „Best-Practice Beispiel Dänemark“. Denn die dänische Glücksspielbehörde kann eine unbeschränkte Zahl an Lizenzen für Online-Gaming vergeben. Davon träumen auch die Konzessionslosen in Österreich. Mit Strache dürften sie zwischenzeitlich einen mächtigen Unterstützer gefunden haben: Im „Steueragenda“-Papier aus Straches Vizekanzleramt wird Dänemark als „europäischer Vorreiter bei der Regulierung von Online-Glücksspiel“ bezeichnet. Dort gibt es, so das Vizekanzleramts-Papier, ein „Lizensierungssystem ohne zahlenmäßige Beschränkung der Lizenzen“.

Zu den profil-Recherchen befragt, erklärte Straches Anwalt, es handle sich um eine Verwechslung. Für den „Begriff ‚Online-Sport-Wetten‘“, seien „des Öfteren die Begriffe ‚Online-Casino‘ bzw. ‚Online-Glücksspiel‘ verwendet“ worden. Strache habe als Sportminister das Ziel verfolgt, „Mehreinnahmen für den Sport durch Einführung einer Abgabe auf Online-Sport-Wetten und Zweckwidmung der damit einhergehenden Einnahmen zu lukrieren“. Und: „In die legislative Umsetzung bzw. die damit einhergehenden Probleme (IP-Blocking etc.) war mein Mandant nicht eingebunden.“

HUBERT FUCHS (MITTE), HARALD NEUMANN, BERICHT ZUR HD BEI EINEM LINZER STEUERBERATER
Versuchte Novomatic, über einen Mittelsmann an den FPÖ-Staatssekretär heranzukommen?



Foto: AFP/Hubert Fuchs, Novomatic, Strache

Was der U-Ausschuss bisher aufzeigte

Erste Bilanz. Es ist eine komplexe Materie, die der Ibiza-Untersuchungsausschuss behandeln soll. Ist es das wert? Ein Überblick über neue Erkenntnisse und alte Fehden – zwei Wochen nach Beginn.

VON IRIS BONAVIDA

Im Lokal 7 in der Wiener Hofburg wirkte es in den vergangenen zwei Wochen beinahe so, als wäre man aus der Zeit gefallen. Das sonst so präsent Thema Corona war eher nur eine lästige Randbemerkung, wenn es um Abstandsregeln und das Maskengebot ging. Politisch konzentrierte sich alles auf eine Zeit, als die FPÖ noch in Regierungsverantwortung und Heinz-Christian Strache Vizekanzler war: Nun startete der parlamentarische Untersuchungsausschuss, der die politische Verantwortung rund um Ibiza aufklären soll. Bis zu 14 Stunden saßen die Abgeordneten pro Tag zusammen. Nach zwei Wochen Pause geht ihre Arbeit Ende Juni weiter. Eine erste Bilanz.

Die Themen

Ibiza wurde bereits zu einem Synonym für Korruptionsfantasien, und so gab die Insel auch dem U-Ausschuss ihren inoffiziellen Namen. Formal wählten SPÖ und Neos, die Initiatoren des U-Ausschusses, einen anderen Titel: Es geht um die „mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung“. Sie wollen unter anderem der Frage nachgehen, ob die Koalitionspartner illegale oder amoralische Deals eingingen. Es ist ein komplexes Thema mit vielen Facetten. Zuerst wurden und werden die Managemententscheidungen bei der Casinos Austria AG hinterfragt – wie die Bestellung von Peter Sidlo zum Finanzvorstand. Auch die Reform bestimmter Teile des Glücksspielgesetzes sowie mutmaßlicher Gesetzeskauf wurden angesprochen. Genauso wie die mangelhafte Kooperation und die mögliche politische Beeinflussung der Ibiza-Ermittler.

Die Auskunftspersonen

Je nach Standpunkt kann man die Ladungsliste des U-Ausschusses als PR-Coup oder ungeschickt darstellen. Dass gleich am ersten Tag



Miteinander auf Ibiza, nacheinander im Untersuchungsausschuss: Heinz-Christian Strache (l.) und Johann Gudenus.

[APA/Edvign

die Hauptdarsteller im Video, Heinz-Christian Strache und sein Ex-Parteifreund Johann Gudenus, geladen waren, sicherte dem Ausschuss eine gewisse Aufmerksamkeit – aber wenig Erkenntnisgewinn. Den Parlamentariern fehlten Informationen von späteren Zeugen. Und: Strache und Gudenus machten als Beschuldigte in mehreren Verfahren großzügig von ihrem Recht Gebrauch, die Auskunft zu verweigern.

Die Ermittler

Es gab auch Auskunftspersonen, die tatsächlich taten, was von ihnen erwartet wurde: Auskunft geben. So wurde der Machtkampf innerhalb der Ermittlungsbehörden im U-Ausschuss weiter ausgetragen. Die „Soko-Tape“ (auch „Soko Ibiza“) im Bundeskriminalamt des Innenministeriums ermittelt im Auftrag von zwei Behörden. Während die Kooperation mit der

Staatsanwaltschaft Wien (StA Wien) geräuschlos funktioniert, kracht es mit der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA). Oberstaatsanwalt Matthias Purkart warf der „Soko“ schleißige Arbeit vor, die die Ermittlungen hätte gefährden können. „Soko“-Chef Andreas Holzer widersprach – ebenfalls im U-Ausschuss. Nun soll es eine Gegenüberstellung geben.

Das Video

Die Spannungen zeigten sich auch darin, wer von der „Soko“ erfuhr, dass diese das Video sichergestellt hatte: die StA Wien sehr wohl, die WKStA nicht. Auch Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) informierte Justizministerin Alma Zadić (Grüne) nicht. Die Ermittler hätten die Aufnahmen übrigens womöglich mit weniger Aufwand bekommen können: Der Anwalt des Ibiza-Detektivs Julian H. bot dem U-Ausschuss das Material nun di-

rekt an – offenbar hatten Ermittler nicht danach gefragt. Am Montag wird entschieden, ob das Angebot angenommen wird bzw. angenommen werden kann.

Die Vereine

Werden Vereine genutzt, um Gelder unbemerkt an Parteifunktionäre fließen zu lassen? Neos-Abgeordnete Stephanie Krisper zeichnete einen möglichen Weg nach, wie Mittel von Novomatic bei Gudenus und dem Wiener FPÖ-Chef Dominik Nepp angelangt sein könnten: Der Glücksspielkonzern Novomatic zahlte für eine Kooperation 200.000 Euro an das FPÖ-nahe „Institut für Sicherheitspolitik“. Dem Verein wurde nach Bekanntwerden des Ibiza-Videos Geld von einer Firma zurücküberwiesen, an der Gudenus und Nepp beteiligt waren. Sowohl Gudenus als auch Nepp betonen, keinen Cent daran verdient zu haben.

U-Ausschuss. Wenn Polizisten und Staatsanwälte aneinander geraten: Nach Vorwürfen verteidigte der Leiter der Soko Tape das Vorgehen des Bundeskriminalamts. Zum Thema Geldflüsse an blaue Vereine wurde vor allem geschwiegen.

Die Verteidigungsrede der Soko Tape

Wien. Eigentlich sollten sie zusammenarbeiten. Doch schon die längste Zeit krachen sie aneinander: Polizisten und Staatsanwälte, konkret: die Soko Tape und die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA). Es waren heftige Anschuldigungen, die Oberstaatsanwalt Matthias Purkhart im U-Ausschuss am Dienstag gegen die Soko Tape erhoben hatte. Am Mittwoch folgte die Antwort des Soko-Leiters Andreas Holzer. Worum ging es?

Zum einen um einen berühmten Schatten: Ein bei Casinos-Aufsichtsratschef Walther Rothensteiner sicher gestellter Notizblock wurde durch den Scanvorgang im Bundeskriminalamt zum Teil unleserlich. Als die WKStA das Dokument bearbeitete, fanden sich unter dem schwarzen Streifen die Worte „Pröll, Rothensteiner, Kurz“. Es sieht so aus, als ob es zwischen den dreien einen Termin gegeben hat oder hätte geben sollen. Implizit schwang der Vorwurf mit, das Bundeskriminalamt habe absichtlich schlecht gearbeitet und als sei fast ein Beweismittel verloren gegangen.

Laut Holzer war genau das aber unmöglich: Bei dem Scan handle es sich nämlich um einen fotografierten Zettel, der im Original der WKStA übergeben wurde. Der Scan sollte für die Soko nur als Beweis für diese Übergabe dienen. Die WKStA habe nur zusätzlich angefragt, ob es auch einen Scan gibt. Man habe das bejaht, aber darauf hingewiesen, dass es sich nur um eine schlechte interne Arbeitsunterlage handle.

Generell, so erklärte Holzer, würden alle Daten, die das Bundeskriminalamt beschlagnahmt, „gespiegelt“ und an die WKStA übergeben: „Alles was wir haben, hat die WKStA auch. Was sein kann ist, dass die WKStA etwas hat, das wir nicht haben.“ Es sei ausgemacht worden, dass alle Daten parallel ausgewertet werden. Wie Holzer zugibt, sei das freilich nicht sehr effizient. Aber diese Vorgehensweise wurde wohl aufgrund der vielen Streitereien gewählt.

„Sie sollten die WKStA fragen“

Ein weiterer Vorwurf betrifft jenen Ermittler, der Heinz-Christian Strache ein Kopf-Hoch-SMS geschrieben haben soll. Dazu meinte Holzer, dass von der Dienstbehörde die Befangenheit geprüft und verneint worden sei. Das SMS habe der Beamte nicht mehr gehabt.

Thema war auch die Schredderaffäre im Kanzleramt: Die WKStA hatte sich beschwert, dass weder ein Handy sichergestellt noch in einem Laptop Nachschau gehalten wurde. Laut Holzer wurden „alle Ermittlungshandlungen ganz konkret in direkter Abstimmung mit der WKStA getroffen. Wenn eine Hausdurchsuchung angeordnet worden wäre, hätten wir sie durchgeführt. Wäre eine Sicherstellung angeordnet worden, hätten wir es sichergestellt. Bei brisanten Verfahren wird immer rückgefragt, ob die Ermittlungsschritte die Zustimmung der Staatsanwaltschaft bekommen.“

Gefragt wurde auch zur Auswertung von Straches Handy, nämlich warum Nachrichten zwischen Strache und Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) nicht im Akt zu finden seien. Dazu meinte Holzer, dass er Auskunft über strafrechtlich relevante Akteninhalte gebe. Und: Die Auswertung passiere vorrangig durch die WKStA: „Vielleicht sollten Sie die WKStA dazu fragen.“

Video direkt vom Drahtzieher?

Diese hingegen fragte sich in den vergangenen Wochen: Warum hat die WKStA erst so spät von der Sicherstellung des Ibiza-Videos erfahren? Die Staatsanwaltschaft Wien sei gleich am 21. April verständigt worden – und zwar ein paar Minuten nach dem Auffinden, so Holzer. Und zwar weil diese jene Hausdurchsuchung, die zur Auffindung des Videos führte, auch angeordnet hatte. Man sei davon ausgegangen, dass dies Justizintern an die WKStA weitergegeben würde, erklärte Holzer. Er berichtete auch, dass noch weitere „sechs, sieben, acht, zehn Videos“ gefunden worden seien. Was darauf zu sehen ist, blieb unklar.

Zum Video soll Holzer aber in einer nicht-öffentlichen Sitzung später genauer Auskunft geben. Hierzu gab es am Donnerstag auch eine interessante Entwicklung: Der Anwalt des mutmaßlichen Drahtziehers hinter dem Video bot an, dem U-Ausschuss

das Video direkt zukommen zu lassen. Ob man das Angebot annimmt, soll heute, Freitag, in einer Sitzung der Fraktionsführer besprochen werden. Ein Rechtsgutachten wurde beauftragt.

Am Mittwoch war neben Holzer auch der Ex-FPÖ-Abgeordnete Markus Tschank im U-Ausschuss zu „Gast“. Er erklärte, dass er bei den ins Visier der WKStA geratenen Vereinen wie Patria Austria, Austria in Motion und Wirtschaft für Österreich bis August 2017 Funktionen ausgeübt habe. Inzwischen sei er nur mehr beim Institut für Sicherheitspolitik (ISP) Vereinsobmann. Im Juni 2019 seien alle Vereine einer Sonderprüfung unterzogen worden. Es sei festgestellt worden, dass keine Zahlungen an Parteien oder Vorfeldorganisationen geflossen seien. Da-

rüber hinaus schwieg Tschank: Bei der Frage der grünen Abgeordneten Nina Tomaselli, ob Spenden an FPÖ-Funktionäre geflossen seien, machte er von seinem Aussageverweigerungsrecht wegen laufender Ermittlungen Gebrauch. Auch zu einem Kooperationsvertrag des ISP mit Novomatic schwieg er deshalb.

Tschank, Gudenus, Nepp

Eine nicht uninteressante Kleinigkeit fand Neos-Abgeordnete Stephanie Krisper heraus: Tschank ist wirtschaftlicher Eigentümer und Geschäftsführer der Immobilienfirma Imbeco. Über ihn hielt auch Ex-FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus 25 Prozent. Wie „Die Presse“ herausfand, hatte aber auch FPÖ-Wien-Chef, Dominik Nepp, Anteile – nach Ibiza wurden die Geschäftsbeziehungen aber aufgelöst. Imbeco



Andreas Holzer, Leiter der Soko Tape. (APN/Inhaber)

verwaltete laut Nepp einige kleine Wohnungen in Wien. „Ich war reiner Kapitalgeber“, sagt FPÖ-Wien-Spitzenkandidat, Dominik Nepp, zur „Presse“. Es handle sich um privates Vermögen, das in Immobilien veranlagt wurde. „Ich habe das dem Bundesrechnungshof gemeldet. Es wurde ebenfalls vom Unvereinbarkeitsausschuss der Stadt Wien behandelt – und auch dem Landtag vorgelegt.“ Es sei somit öffentlich bekannt gewesen, sagt Nepp. „Ich habe auch nie einen Cent davon bekommen“, sagt er.

Die Befragung des Novomatic-Managers Alexander Merwald musste am Mittwoch erneut vertagt werden. Grund dafür war, dass Merwald als Vertrauensperson den Anwalt und Ex-Minister Dieter Böhmdorfer (FPÖ) mitgenommen hatte, was die Abgeordneten ablehnten, weil Böhmdorfer selbst potenzielle Auskunftsperson ist. Der U-Ausschuss geht am 24. Juni weiter. Geladen ist unter anderem Kanzler Sebastian Kurz. (red)



Fotos: APA, Helmut Fähringer

Oberstaatsanwalt P. (links) ist von der Arbeit der Soko Tape nicht besonders angetan. Das gilt umgekehrt genauso, zeigte die Befragung von Soko-Chef Holzer (rechts).

Streit zwischen Justiz und Ibiza-Ermittlern

Es kracht in der heimischen Strafverfolgung. Die Zusammenarbeit sei „klar verbesserungswürdig“, schreibt Andreas Holzer, Chef der Soko Tape, in einem internen Bericht. Oberstaatsanwalt Matthias P. von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) war vor dem U-Ausschuss weniger diplomatisch: Seine Behörde fühlte sich von der Soko „brüskiert“, in einem internen Bericht beklagt er noch dazu „massive Unsorgfältigkeiten bei der Digitalisierung der Unterlagen“. Worum geht es?

Als das Ibiza-Video im Mai 2019 auftaucht, stellen die Behörden rasch auf zweigleisige Strukturen zur Strafverfolgung um. Die Staatsanwaltschaft Wien (StA Wien) kümmert sich um die Hintermänner des Videos und die Spesen-Affäre rund um Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache, während die WKStA die „Inhalte“ des Videos samt ihrer Umsetzung, also mutmaßliche Korruption, untersuchen soll. Beiden Staatsanwaltschaften liefert eine polizeiliche Sonderkommission zu, die Soko Tape. Sie ist für Einvernahmen und Beweismittelsicherung sowohl in der Causa Ibiza-Video als auch in der Casinos-Affäre zuständig.

Schon seit Beginn der Ermittlungen herrscht Misstrauen zwi-

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft liegt mit der Soko Tape im Clinch. Vor dem U-Ausschuss zögerten WKStA-Staatsanwalt P. und Soko-Chef Holzer nicht, einander öffentlich Vorwürfe zu machen.

Fabian Schmid



IBIZA-U-AUSSCHUSS

schen Soko und WKStA. Bereits die Besetzung der Soko sorgt für Skepsis bei den Staatsanwälten, sie vermuten parteipolitische – sprich: türkise – Einflussnahme. Als Indiz dafür sehen sie das Verhalten der Polizei in der sogenannten Schredderaffäre. Da stellte der Polizist N. R., der einst politisch für die ÖVP aktiv war, keine Beweismittel in der ÖVP-Zentrale sicher. „Wir hätten uns Rücksprache erwartet“, sagte Staatsanwalt P. am Dienstag im U-Ausschuss. Allerdings gab es diese Rücksprache laut Soko sehr wohl.

In einem internen Bericht heißt es dort, dass eine WKStA-Staatsanwältin „keine Anordnung zur Sicherstellung von Mobiltelefonen o. Ä. anordnete“. Später musste Poli-

zist N. R. die Soko verlassen, weil er sehr freundliche SMS mit Strache ausgetauscht hatte. Die Soko warf der WKStA vor, womöglich rechtswidrige strukturierte „Nachforschungen“ zu ihren Mitarbeitern durchgeführt zu haben. Die WKStA wies einen *Kurier*-Bericht von sich, dass man Polizisten habe „beschatten“ lassen.

Schlechte Scans

Die Soko übergab der WKStA im August 2019 einige sichergestellte Unterlagen. Diese hatte sie zuvor selbst eingescannt. Die WKStA bat um die Scans, um erneute Arbeit zu vermeiden. Doch die waren so schlecht, dass es „uns die Augen rausgehaut hat“, sagte P. im U-Ausschuss.

Ein Vergleich mit den Originalen ergab, dass wichtige Passagen unlesbar waren, etwa ein Kalendereintrag, der ein Treffen von Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) mit den Casinos-Aufsichtsräten Walter Rothensteiner und Josef Pröll zeigt. Rothensteiner und Pröll sind Beschuldigte, es gilt die Unschuldsvermutung. Aus der Soko

heißt es dazu, dass die WKStA jederzeit Zugriff auf die Originale gehabt hätte und man für schlechte Scanner nichts könne. Man habe nur Sicherungsscans erstellt, erklärte Holzer.

Auch am Verhalten des jeweils anderen bei Hausdurchsuchungen stoßen sich Soko Tape und WKStA. P. sagte im U-Ausschuss, die Soko habe das entsperrte Handy von Strache so lange liegen lassen, bis es sich wieder versperre – nur durch Kooperation des einstigen Vizekanzlers sei es wieder geöffnet worden. Holzer sagt dazu, der Auftrag sei gewesen, die Geräte im Flugmodus abzugeben, das hätten die Beamten auch erfüllt. Im Gegenzug ärgerte die Soko, dass der WKStA-Staatsanwalt A. bei der Hausdurchsuchung gemeinsam mit Strache „private Chats“ von dessen Smartphone löschte, ohne die Soko zu konsultieren. Auch sei dessen Fahrendienst „während der Vollziehung der Hausdurchsuchung bei Strache anwesend“ gewesen.

Auch bei der Auswertung der sichergestellten Handys gab es

Probleme. So soll die Soko Geräte zu früh zurückgegeben haben, die WKStA spricht von einem „allfälligen Beweismittelverlust“. Vor dem U-Ausschuss brüstete sich die WKStA mit ihren eigenen technischen Fähigkeiten. Im Gegenzug wirft die Soko der WKStA vor, trotz einer gerichtlichen Bewilligung mit Hausdurchsuchungen gewartet zu haben.

„Die WKStA setzte ohne Rücksprache mit den zuständigen Beamten der Soko Tape oder zumindest Informationen darüber aus eigenem Antrieb Ermittlungsschritte“, beschwert sich der Soko-Chef in einem Bericht.

Die Animositäten kulminierten darin, dass die WKStA aus den Medien von dem Fund des Ibiza-Videos durch die Soko Tape erfuhr – der bereits am 20. April erfolgt war. Man habe sich „brüskiert“ gefühlt, sagte Staatsanwalt P. dazu. Die Soko verweist darauf, dass die Staatsanwaltschaft (StA) Wien jene Hausdurchsuchung angeordnet habe, bei der die Speicherkarten mit dem Ibiza-Video sichergestellt wurden. Der StA Wien habe man sofort Bescheid gegeben – und diese hätte ja die WKStA und die Justizministerin informieren können.

Soko-Leiter Holzer, soll nochmals zu den Ermittlungsständen befragt werden. **Kommentar Seite 24**

Stille Beteiligungen an Tschank-Firma beschäftigten U-Ausschuss

Tschank wurde zu FPÖ-nahen Vereinen befragt – Ausschuss könnte Video direkt von mutmaßlichem Drahtzieher bekommen

Wien – Neben Soko-Tape-Leiter Andreas Holzer waren am Mittwoch auch Novomatic-Manager Alexander M. und der ehemalige FPÖ-Abgeordnete Markus Tschank zum Ibiza-Untersuchungsausschuss geladen. Wobei die Befragung von M. nicht stattfand, weil der Ausschuss seine Vertrauensperson Dieter Böhmderfer nicht zuließ. Grund: Er könnte selbst als Auskunftsperson zum U-Ausschuss geladen werden.

Ex-FPÖ-Mandatar Tschank gab sich am Mittwoch bloß in seinem Eingangsstatement geschäftig. Er verwies darauf, dass er bei den in den Fokus der WKStA geratenen Vereinen wie Patria Austria, Austria in Motion und Wirtschaft für

Österreich bis August 2017 Funktionen ausgeübt habe. Einzig beim Institut für Sicherheitspolitik (ISP) sei er nach wie vor als Vereinsobmann tätig. Jeder dieser Vereine sei im Juni 2019 einer Sonderprüfung unterzogen worden. Es seien niemals Zahlungen an politische Parteien oder Vorfeldorganisationen geflossen.

Gudenus und Nepp beteiligt

Bei den meisten Fragen entschlug sich Tschank der Beantwortung – auch als die grüne Abgeordnete Nina Tomaselli fragte, ob Spenden an einzelne FPÖ-Funktionäre geflossen seien. Tschank verwies auf ein laufendes Ermittlungsverfahren. Auch

zum Kooperationsvertrag des ISP mit Novomatic, die seit 2017 laufend pro Jahr 200.000 Euro an das Institut zahlt, wollte er nicht näher eingehen. Auch das sei Gegenstand von Ermittlungen.

Firmen und Zahlungsflüsse hinterfragte dann Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper. Konkret ging es um die Pegasus und die Imbeco GmbH. 100 Prozent der Gesellschaft hält Tschank, er ist auch Geschäftsführer.

Laut Neos überwiegt Imbeco nach Bekanntwerden des Ibiza-Videos Zahlungen des ISP, das ja mit Novomatic kooperiert, an selbigen zurück. Krisper präsentierte die Info, dass der damalige FPÖ-Abgeordnete Johann Gudenus dem Parlament

offengelegt habe, dass er an der Imbeco Anteile halte. Auch FPÖ-Wien-Chef Dominik Nepp war beteiligt. Neos und SPÖ vermuten daher einen Geldfluss, der so geht: Novomatic an ISP, ISP an Imbeco, an der zumindest auch Gudenus still beteiligt sei, und von dort – nach Ibiza-Gate – wieder ans ISP zurück. Tschank entschlug sich, er sei nicht von seiner Anwaltspflicht entbunden. Parteienfinanzierung des ISP hatte er zuvor in Abrede gestellt. Auch Gudenus weist die Vorwürfe seit jeher zurück. Im Ibiza-Video bewirbt Ex-FPÖ-Chef Strache Vereine als Umgehungsstruktur für Spenden am Rechnungshof vorbei. Tschank als ehemaliger designierter Finanzreferent der FPÖ sollte über

das Finanzgebaren der Partei Auskunft geben. Gegen Tschank ermittelt die Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), es gilt die Unschuldsvermutung.

Der U-Ausschuss könnte indes das Video direkt vom mutmaßlichen Drahtzieher Julian H. bekommen. Sein Anwalt Johannes Eisenberg hat es angeboten. Am heutigen Freitag wird in einer Sitzung des Fraktionsführers über das Angebot beraten. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) hat ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, wie zu verfahren sei. Eisenberg wurde von den Behörden nie um das Video gefragt, dem Vernehmen nach hätte er es jederzeit übermittelt. (luis)

„News“ 12.06.2020

www.news.at

Corona-Kassasturz
So bringen Sie Ihre Finanzen in Ordnung

News

Nr. 24+25 12. 6. 2020 € 4

WAS KURZ WUSSTE

+ IBIZA + KORRUPTION + POSTENSCHACHER

+ EXKLUSIV
Zum Vatertag:
Dominic Thiem im
ersten Interview mit
Vater und Bruder

Deutschland € 4,20 / Italien € 4,20 Österreich € 4,20 Schweiz € 4,20
10 04 378 001189 24

A black and white portrait of tennis player Dominic Thiem, looking slightly to the side with a serious expression. He is wearing a dark suit jacket, a white shirt, and a patterned tie.

POLITIK

Die dunkle Se

Der Ibiza-U-Ausschuss soll nicht nur aufklären, mit welchen dubiosen Methoden **Heinz-Christian Strache** die halbe Republik verscherbeln wollte, sondern auch ob und wie sich ÖVP und FPÖ wichtige Jobs in Unternehmen mit staatlicher Beteiligung aufgeteilt haben. Und womöglich die Frage klären, welche Rolle Bundeskanzler **Sebastian Kurz** dabei gespielt haben könnte

Von Günter Fritz

GETRENNTE WEGE.
ÖVP-Kanzler
Sebastian Kurz und
sein Ex-Vize H.-C.
Strache arbeiteten
eng zusammen – bis
vor einem Jahr der
große Ibiza-Knall kam

ite der Macht

Seit 4. Juni tagt der parlamentarische Untersuchungsausschuss zum siebenminütigen Ibiza-Video rund um Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und seinen Ex-Klubobmann Johann Gudenus, das im Vorjahr die Republik auf den Kopf stellte. Die verstörenden Szenen, in denen die beiden blauen Ex-Spitzenpolitiker im Beisein einer vermeintlichen russischen Oligarchennichte alkoholgeschwängert in Allmachtsfantasien verfielen und halb Österreich verscherbeln wollten, zeichnen ein Sittenbild, das nicht nur mit den Freiheitlichen zu tun hat. Sondern mit der politischen Kultur im Land insgesamt. Stichwort: Straches Sager „Novomatic zahlt alle“ (was von den Beteiligten umgehend dementiert wurde, Anm.).

Der Ibiza-U-Ausschuss widmet sich laut offiziellem Auftrag folgerichtig der „mutmaßlichen Käuflichkeit der türkisch-blauen Bundesregierung“. Vieles liegt bereits auf dem Tisch: Indizien, aufgeflogene mutmaßliche Absprachen zu Postenbesetzungen etwa bei den Casinos Austria, fragwürdige Zahlungen an parteinahe Vereine, horrenden Ablösezahlungen für abgelöste Vorstände und öffentlich gewordene Vernehmungsprotokolle sowie entlarvende Whatsapp-Nachrichten. Jetzt rückt immer mehr auch die ÖVP in den Fokus – und damit auch Parteichef und Bundeskanzler Sebastian Kurz. Der türkische Politstar, der die einst zerstrittene Partei geeint und mit Geschlossenheit und Message Control zu Wahlsiegen führte, hat sich zu den umstrittenen Vorkommnissen bisher kaum geäußert und stets den Eindruck vermittelt, davon weder etwas gewusst noch etwas damit zu tun gehabt zu haben.

Kriminelle Handlungen

Doch dieser Schein bröckelt zusehends: Es verdichten sich immer mehr die Hinweise, wonach der Bundeskanzler über wesentliche Postenbesetzungen zumindest informiert gewesen sein dürfte. Das ist deshalb brisant, weil in Zusammenhang mit den Jobrochaden bei der Casinos Austria auch mögliche nicht gesetzeskonforme Handlungen – wie mutmaßliche Korruption, Bestechung, Untreue und Amtsmissbrauch oder sogar versprochene Gesetzesänderungen bzw. Lizenzvergaben vermutet werden – und es dazu auch eine Reihe von Ermittlungsverfahren gibt.

Etwa gegen Peter Sidlo, der mithilfe des Novomatic-Konzerns zum Casinos-Finanzvorstand bestellt worden sein soll, Ex-Vizekanzler H.-C. Strache, Ex-Finanzminister

Rothensteiners Handeln begründet sich in der Tatsache, dass dieser von Finanzminister Löger die Anweisung erhielt, beide Regierungsfarben im neuen CASAG-Vorstand unbedingt durchzusetzen, da dies der FPÖ in koalitionsinternen Verhandlungen über Postenbesetzungen im staatsnahen Bereich verbindlich zugesagt wurde. In diesem Zusammenhang gab es kurz vor der Bestellung des CASAG-Vorstandes an einem Sonntag ein persönliches Abstimmungsgespräch zwischen Bundeskanzler und Vizekanzler.

Zitat aus der anonymen Anzeige, in der auch ein mögliches persönliches Abstimmungsgespräch zwischen Bundeskanzler und Vizekanzler erwähnt wird – also zwischen Kurz und Strache

Hartwig Löger (ÖVP), dessen ehemaliger Kabinettschef und nunmehrige ÖBAG-Chef Thomas Schmid, Ex-FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus, Ex-FPÖ-Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs sowie Novomatic-Eigentümer Johann Graf und Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann. Auch gegen Casinos-Aufsichtsratschef Walter Rothensteiner und dessen Stellvertreter, Ex-ÖVP-Chef Josef Pröll – beide Raiffeisen-Topmanager – wird ermittelt. Immerhin mussten bei den augenscheinlich politisch motivierten Jobrochaden, der in Ungnade gefallene Vorstandschef und Sazka-Mann Alexander Labak mit kolportierten 2,4 Millionen Euro und Vorstand Dietmar Hoscher (SPÖ) mit kolportierten vier Millionen Euro abgelöst werden. Dafür wurden die ehemalige Kurz-Stellvertreterin in der ÖVP und Casinos-Vorständin Bettina Glatz-Kremsner neue Chefin und FPÖ-Protégé Peter Sidlo Finanzchef. Alle Beschuldigten weisen die Vorwürfe zurück; es gilt die Unschuldsvermutung.

Strache-Handy als Fundus

Ins Rollen gebracht wurde die Causa durch eine anonyme – aber mit vielen internen Insiderdetails gespickte – Anzeige, die am 21. Mai 2019 bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft Wien (WKStA)

einlangte. Dabei ging es um die Bestellung Sidlos zum Casinos-Finanzvorstand. Im Zuge der folgenden Ermittlungen wurde u. a. auch das Handy von H.-C. Strache beschlagnahmt und entpuppte sich bei der Auswertung als wahrer Informationsfundus für die Fahnder. Denn noch nie zuvor ist mutmaßlicher Postenschacher hierzulande so deutlich dokumentiert worden wie im Fall Casinos Austria, und noch nie zuvor ist so unverblümt über etwaige Absprachen samt vermuteter Gegenleistungen gesprochen worden.

Anzeige gegen Kanzler Kurz

Parallel und ebenfalls anonym angezeigt wurde damals auch Bundeskanzler und ÖVP-Chef Sebastian Kurz – laut Einlegeblatt der WKStA zum Akt wegen vermutetem Amtsmissbrauch. In dieser Sachverhaltsdarstellung heißt es jedenfalls, dass „es kurz vor der Bestellung des CASAG-Vorstandes an einem Sonntag ein persönliches Abstimmungsgespräch zwischen Bundeskanzler und Vizekanzler“ gegeben habe. Und zwar in Zusammenhang mit Postenbesetzungen im staatsnahen Bereich (siehe Faksimile oben). Laut gut informierten Kreisen habe es zwischen Türkisen und Freiheitlichen ein Agreement gegeben, wonach in den jeweiligen ÖVP- bzw. FPÖ-geführten Ministerien die Vorstands- und Aufsichtsratspositionen im Verhältnis 2:1 zu besetzen seien. Das sei auch wiederholt in kleinem Kreis besprochen worden (siehe Faksimile aus Straches Terminkalender rechts). Der Ex-FPÖ-Chef erklärte im U-Ausschuss bei seiner Aussage, er habe mit Kurz auch über Personalien in der Oesterreichischen Nationalbank gesprochen. „Sozusagen nach alter Proporz-Manier“, wie Neos-Abgeordneter Helmut Brandstätter befindet.

Ermittelt wurde und wird gegen Kurz aber nicht. „Wir führen zurzeit kein Verfahren gegen Kanzler Kurz, mehr kann ich dazu nicht sagen“, so Oberstaatsanwalt Matthias Purkart von der WKStA am Dienstag im U-Ausschuss. Sollte im Zuge



Ich gehe davon aus, dass Bundeskanzler Kurz über alles Bescheid gewusst hat“

Kai Jan Krainer

SPÖ-Fraktionsvorsitzender im U-Ausschuss sieht den ÖVP-Chef in Postenschacher-Vorgänge involviert

von Ermittlungsergebnissen neue Tatverdachte entstehen, dann werde dem nachgegangen. Vom Büro des ÖVP-Chefs gab es zur Anzeige sowie zu Fragen über mögliche weiteren Treffen bzw. zur etwaigen Kenntnis von Absprachen bzw. versprochenen Gegenleistungen seitens der FPÖ in Sachen Glücksspiellizenzen für den Posten eines Casinos-Finanzvorstands bis Redaktionsschluss keine Stellungnahme.

Kai Jan Krainer, Fraktionsvorsitzender der SPÖ im U-Ausschuss, geht jedenfalls davon aus, dass der Bundeskanzler Bescheid gewusst haben dürfte: „Kurz hat wohl alles gewusst, was in Sachen Postenbesetzungen rund um die Casinos Austria und die staatlichen Unternehmen passiert ist“, so Krainer gegenüber News. So habe es offenbar im Oktober 2018 ein Treffen von Kurz mit Josef Pröll und Kurz zu den Casinos gegeben – betreffend eine organisatorische Umstrukturierung und Jobbesetzungen ohne Ausschreibung. Das gehe aus einer Aufzeichnung des Casinos-Aufsichtsratsvorsitzenden Walter Rothensteiner der Staatsanwaltschaft hervor, die am Dienstag im U-Ausschuss für mächtigen Wirbel sorgte. Denn diese habe erst rekonstruiert werden müssen, weil von der Soko Tape (der Kriminalpolizei) Unterlagen von „miserabler Qualität“ übermittelt worden

seien, so Purkart. Neben Rothensteiners Aufzeichnungen seien auch solche von Novomatic-Inhaber Johann Graf sowie ein Password-Verzeichnis von Johann Gudeanus unleserlich gewesen. „Im Original“ sei „das aber sehr wohl lesbar“ gewesen.

SMS zwischen Strache und Kurz

Unbekannt ist dem U-Ausschuss hingegen der Inhalt zahlreicher SMS bzw. WhatsApp-Nachrichten zwischen Strache und Kurz, die den Ermittlern ebenfalls in die Hände gefallen sind. Die Staatsanwaltschaft hat diese bisher nicht herausgerückt, „um die Ermittlungen nicht zu gefährden“, wie es offiziell heißt. „Strache hatte ja offenbar SMS-Durchfall und daher ist davon auszugehen, dass es da viele und wohl auch wichtige Informationen geben dürfte“, erklärt Krainer, der angesichts der Übermittlungsspannen auch auf das „offenbar angespannte Verhältnis zwischen den Ermittlern hinweist. Nämlich auf das zwischen der dem mächtigen ÖVP-(Noch)-Sektionschef Christian Pilnacek unterstellten Oberstaatsanwaltschaft und der WKStA: „Da stellt sich schon die Frage, können sie es nicht oder machen sie es absichtlich falsch?“ Wird da womöglich sabotiert?

Nicht nur Krainer vermutet einen „ÖVP-Filter im Innenministerium unter



STARKE FRAU. Die ehemalige Kurz-Stellvertreterin Bettina Glatz-Kremsner stieg zur neuen Casinos-Austria-Chefin auf



GESCHASSTER CHEF. Alexander Labak, Vertreter des Casinos-Miteigentümers Sazka, musste seinen Chefsessel räumen



ABFERTIGUNGSKAISER. Casinos-Ex-Vorstand Dietmar Hoscher (SPÖ) kassierte so wie Labak Millionen für seinen unfreiwilligen Abgang



FPÖ-GÜNSTLING. Peter Sidlo wurde trotz umstrittener Qualifikationen Finanzvorstand der Casinos. Jetzt streitet er um seine Gage



EX-NOVOMATIC-CHEF. Harald Neumann gilt als Drahtzieher in der Casinos-Affäre, weist aber mögliche Deals entschieden zurück

Am 12. 11. 2018, 15:12 Uhr erhielt ich eine weitergeleitete SMS von STRACHE, welche er wiederum von NEUMANN erhalten hatte ... Wichtig!!!! He Sorry dass ich lästig bin aber ich benötige wirklich rasch einen Termin! Es geht um die Besetzung Vorstand Casag!! Danke und lg Neumann Harald - Casino!!!!

Ich antwortete um 15:16: Mach ich gleich

Um 15:20 dürfte ich die Bestätigung von der Sekretärin von NEUMANN erhalten haben bezüglich 7 eines Termins am 10.12.2018.

Darauf hat HC geantwortet: „Das ist zu spät! Rasch auf Kaffee!!!!“

Ich antwortete: „Ok. Diesen Donnerstag“.

Passage aus dem Vernehmungsprotokoll mit Straches ehemaliger Büromitarbeiterin über einen Termin zwischen dem Ex-FPÖ- und dem Ex-Novomatic-Boss

Freitag, 18. Mai

- 00:00 Oliver
- 09:00 - 11:30 Wirtschaftsparlament der WKÖ (Wiedner Hauptstrasse 63)
- ...
- 15:00 - 20:00 BK, Kickl, Hofer, Steiner, Blümel (HC)

Passagen aus dem Terminkalender von H.-C. Strache zu Treffen einflussreicher Koalitionsmitglieder in den Jahren 2018 und 2019. Dabei soll es auch um die Aufteilung von Posten gegangen sein

Mittwoch, 20. März

- 00:00 Joe
- 08:30 - 09:30 MR Frühstück (VKA) - Vizekanzler, Kalender
- 09:30 - 11:30 Ministerrat - Vizekanzler, Kalender
- 11:00 - 13:00 HBK 6er Runde (BKA)
- ...



EX-STAATSEKRETÄR. Hubert Fuchs wehrt sich gegen Vorwürfe möglicher Käuflichkeit in Zusammenhang mit Glücksspiellizenzen



CASINOS-AUFSICHTSRATSCHEF. Raiffeisengeneral Walter Rothensteiner soll sich den Wünschen der Politik gebeugt haben



EX-ÖVP-CHEF UND CASINOS-AUFSEHER. Josef Pröll soll mit Sebastian Kurz über Postenbesetzungen gesprochen haben

Verantwortung von Minister Karl Nehammer“. Auch Christian Hafenecker, FPÖ-Fraktionsführer im U-Ausschuss sagt, dass „den Ermittlungen eine Seite fehlt“.

ÖVP-Filter im Innenministerium?

Und er fragte sich, ob „womöglich Kurz-SMS von der Soko herausgefiltert“ würden. FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz spricht gar von einem „Staat im Staat“. Die ÖVP habe die Ermittlungsbehörden unterwandert, steuere diese und übe Einfluss auf die Ermittlungsbehörden aus: „Be-

weismittel werden unterdrückt und verfälscht.“ Starker Tobak, der möglicherweise auch davon ablenken soll, dass jüngst eine „Novomatic-Preisliste“ aufgetaucht ist, in der steht, dass der Glücksspielkonzern bereit sein soll, für Lizenzen bis zu zehn Millionen Euro zu zahlen – und für die Beeinflussung von Politikern 1,5 Millionen Euro. Mit vermutetem Fokus auf die FPÖ. Hubert Fuchs, Ex-FPÖ-Staatssekretär im Finanzministerium und dort für Glücksspiel zuständig, wehrt sich dagegen, potenzieller Adressant solcher Zahlungen

gewesen zu sein. Er sei niemals in irgendwelche Zahlungen involviert gewesen. Ebenso wie Ex-Novomatic-Boss Harald Neumann bei seinem Auftritt im U-Ausschuss strikt zurückwies, dass es einen Deal gegeben habe – ansonsten aber von seinem Entschlagsrecht Gebrauch machte und Antworten verweigerte.

Bleibt somit abzuwarten, ob Bundeskanzler Kurz bei seinem Auftritt im U-Ausschuss am 24. Juni ebenfalls schweigsam bleiben oder doch etwas zur Aufklärung der Staatsaffäre beitragen wird. **N**

BETEILIGUNGSHOLDING

ÖBAG-Chef ist schwer angezählt

Eine zentrale Rolle in der Casinos-Causa kommt auch Thomas Schmid zu: Der Jurist und ehemalige Büroleiter von Wolfgang Schüssel, später Pressesprecher im Außenministerium, danach Kabinettschef in Finanzministerium und dort seit 2015 auch Generalsekretär, wurde 2019 zum Chef der Österreichischen Beteiligungs AG (ÖBAG) bestellt. Und zwar nach auf ihn zugeschriebenen Auswahlkriterien, was für viel Kritik sorgte. Als ÖBAG-Chef ist Schmid für die wichtigsten Unternehmensbeteiligungen der Republik zuständig

(siehe Grafik). Und er sitzt in diesen auch im Aufsichtsrat, beim Verbund ist er sogar Vorsitzender des Kontrollgremiums, bei der OMV erster Stellvertreter. Kurzum, eine mächtige Position, die mit viel Verantwortung verbunden ist.

Doch gerade das macht ihn in politischen – und wichtiger noch – in Aktienmärkten zunehmend untragbar. Denn gegen Schmid wird nicht nur in Zusammenhang mit der Bestellung von Peter Sidlo zum Casinos-Finanzvorstand ermittelt, bei der er als wichtige Informationsdrehscheibe fungiert haben soll. Noch als Gene-

UNTER DRUCK.
ÖBAG-Chef
Thomas Schmid
muss sich Ermittlungen an mehreren Fronten stellen

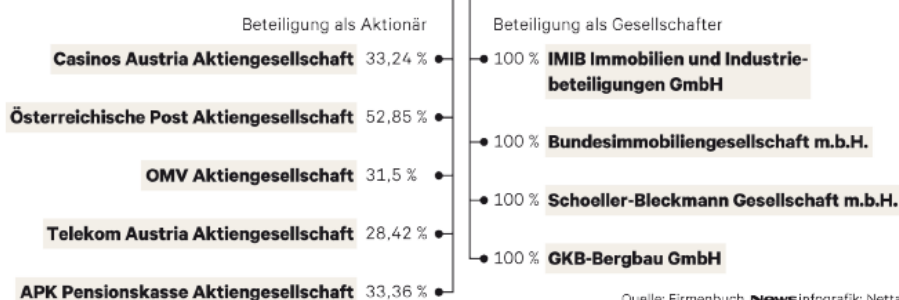


ralsekretär im Finanzministerium soll er vertrauliche Daten an den Novomatic-Konzern zur Vorbereitung für einen Termin, bei dem es ums Glücksspielgesetz bzw. um Lizenzen ging, weitergegeben haben. Vor Kurzem wurde zudem bekannt, dass gegen ihn wegen Verstoßes gegen das Suchtmittelgesetz ermittelt wird. Vorwürfe, die laut seinem Anwalt bereits verjährt sein sollen. Dennoch hat der ÖBAG-Aufsichtsrat wegen mutmaßlichen Kokainkonsums die Rechts- und Complianceabteilung eingeschaltet.

Nachrichten gelöscht

Via U-Ausschuss wurde nun auch bekannt, dass Schmid sein Handy vor der Beschlagnahme durch die Ermittler zurückgesetzt und Whatsapp-Nachrichten gelöscht und auch die Bekanntgabe seines Sperrcodes verweigert haben soll. Die Staatsanwaltschaft habe aber viele der Nachrichten „von hohem politischen Interesse“ wiederherstellen können. Während die interne Prüfung der Causa noch läuft, fordert die Opposition geschlossen Schmid's Rücktritt.

Österreichische Beteiligungs AG



RIESEN-PORTFOLIO. Die ÖBAG ist für die wichtigsten Staatsbeteiligungen verantwortlich

Ein politischer Echtzeit-Krimi

Übernächste Woche wird es mit der Befragung von Bundeskanzler Kurz noch spannender: der **Ibiza-Untersuchungsausschuss** im Schnell-Check

Von Anna Gasteiger

1

Was macht ein U-Ausschuss?

Parlamentarische Untersuchungsausschüsse dienen der politischen Wahrheitsfindung. Im Unterschied zu Gerichtsverfahren gibt es keine Angeklagten und Zeugen, sondern nur Auskunftspersonen. Der U-Ausschuss kann auch niemanden zur Rechenschaft ziehen.

2

Was wird diesmal untersucht?

Der Ibiza-Untersuchungsausschuss befasst sich mit der „mutmaßlichen Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung“. Einerseits geht es um den Vorwurf des Postenschachers und des Gesetzeskaufs in Zusammenhang mit der Casinos-Affäre – Stichwort: „Novomatic zahlt alle“ (© Strache) –, andererseits um die Ibiza-Ermittlungen. Sowie um Jobbesetzungen bei Unternehmen mit staatlicher Beteiligung.

3

Wer setzt den U-Ausschuss ein?

Die Einsetzung von U-Ausschüssen ist seit 2015 ein Minderheitenrecht. Ein Viertel der Nationalratsabgeordneten reicht dafür aus.

4

Wer wird noch befragt?

Für 24. Juni sind Bundeskanzler Sebastian Kurz, ÖBAG-Chef Thomas Schmid und Ex-Finanzminister Hartwig Löger geladen. Am 25. Juni sollen Raiffei-

sen-Generalanwalt Walter Rothensteiner, Casinos-Generaldirektorin Bettina Glatz-Kremsner und Finanzminister Gernot Blümel gehört werden. Anfang Juli geht es mit Peter Sidlo, Hubert Fuchs und Bernhard Krumpel weiter.

5

Müssen die Geladenen kommen?

Prinzipiell ja. Bei Nichtbefolgung der Ladung ist eine Beugestrafe von bis zu 5.000 € vorgesehen, im Wiederholungsfall bis zu 10.000. Im Extremfall kann der U-Ausschuss ein Ansuchen an die Bezirkshauptmannschaft oder Polizei richten, die Person vorzuführen. In Corona-Zeiten ist es naheliegend, sich als Risiko-Person zu entschuldigen – was z. B. Johann Graf und Heidi Horten bereits getan haben. Sie sollen jedenfalls wieder geladen werden. Angst vor einer Covid-19-Infektion soll dann nicht mehr als Entschuldigungsgrund zählen. Weist ein ärztliches Attest aber sonstige Erkrankungen aus, die ein Erscheinen unmöglich machen, kann die Person nicht befragt werden.

6

Muss man die Wahrheit sagen?

Theoretisch ja. Eine Falschaussage kann mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren geahndet werden. Bei ungerechtfertigter Verweigerung der Aussage kommt eine Geldstrafe bis zu 1.000 € in Betracht. Letztlich kann man aber niemanden zur Aussage zwingen. Viele Geladene kämpfen während der Befragungen mit plötzlichen Gedächtnislücken. Und es gibt die Möglichkeit, sich zu entschlagen, wenn man sich strafrechtlich

selbst belasten würde. Von diesem Recht hat Ex-Casinos-Chef Harald Neumann – mit Billigung von Ausschusspräsident Wolfgang Sobotka – am Dienstag exzessiv Gebrauch gemacht. Die Abgeordneten wollen jetzt ermitteln, wie das normalerweise gehandhabt wird.

7

Wer stellt die Fragen?

Die U-Ausschuss-Mitglieder. Vier von der ÖVP (Fraktionsführer: Wolfgang Gerstl), drei von der SPÖ (Fraktionsführer: Kai Jan Krainer), je zwei von FPÖ (Fraktionsführer: Christian Hafenecker) und Grünen (Fraktionsführerin: Nina Tomaselli) sowie eines von Neos (Fraktionsführerin: Stephanie Krisper). Es gibt auch Ersatzmitglieder. Zusehends umstrittener Vorsitzender ist Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka: Neos werfen ihm Befangenheit vor.

8

Wie wird untersucht?

Die Abgeordneten können Akten und Unterlagen anfordern. Es ist allerdings ein Katz-und-Maus-Spiel: Es können nur Unterlagen angefordert werden, deren Existenz den Untersuchern bekannt ist. Und oft dauert es, bis das Material da ist. Siehe: die Vorlage des kompletten Ibiza-Videos.

9

Sind die Befragungen öffentlich?

Sie sind medienöffentlich, d. h. Journalisten können dabei sein. Per Livestream kann man sie von zu Hause aus leider nicht verfolgen.

10

Was bringt der U-Ausschuss?

Die aktuellen Entwicklungen zeigen: mehr, als oft behauptet wird. Es kommen trotz aller parteipolitischen Spielchen Dinge ans Licht, die normalerweise nicht öffentlich geworden wären. Daraus entwickeln sich oft neue, verbesserte Regeln und Transparenzkriterien. Und allein das Wissen, dass solche Ausschüsse möglich sind, dürfte einen gewissen vorbeugenden Effekt auf das Verhalten von Verantwortungsträgern haben.

„Kleine Zeitung“ 11.06.2020



Ibiza-Video

Der „Soko Tape“ sind bei diversen Hausdurchsuchungen noch andere Videos in die Hände gefallen, erfuhr man im Ibiza-U-Ausschuss.

Von Christina Traar

Als „den größten Erfolg der Sonderkommission“ bezeichnete Andreas Holzer den Fund des Ibiza-Videos im Untersuchungsausschuss. Deutlich weniger erfreut zeigte sich der Leiter der „Soko Tape“ im Bundeskriminalamt bei sei-

ner Befragung jedoch über den Vorwurf, die Anklagebehörden nicht ausreichend über den Fund informiert zu haben. Bereits wenige Minuten nach Sicherstellung habe man die Staatsanwaltschaft Wien davon in Kenntnis gesetzt. In weiterer Folge sei man davon ausgegangen, dass die Information justizintern weitergegeben werde.

Zur Erinnerung: Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hatte sich brüskiert gezeigt, aus den Medien vom Fund erfahren zu haben. Doch Holzer hielt fest: „Wir haben keine Daten, die die WKStA nicht hat.“ Es komme immer wieder zu „Auffassungs-



“
Wir haben kein
Material, das
die WKStA nicht hat.

„Soko Tape“-Leiter
Andreas Holzer zur Kritik
der WKStA, nicht ausreichend
informiert worden zu sein

“



Holzer wies Vorwurf zurück



Tschank bestritt Geldflüsse

“
Ich mache von meinem
Entschlagsrecht
und meiner Verschwie-
genheitspflicht als
Anwalt Gebrauch.

Markus Tschank,
Ex-FPÖ-Abgeordneter,
bei seiner Befragung

“

spaltet Soko und Justiz

unterschieden“ zwischen Polizei und WKStA, diese habe man bisher aber immer aus dem Weg räumen können. Spannend: Laut Holzer habe man neben dem Treffen mit der Oligarchin auch „sechs bis zehn andere Videos“ sicherstellen können. Details wollte er nicht nennen, die Ermittler arbeiten „auf Hochtouren“ an einer Auswertung. Der WKStA liegen diese Videos jedoch nicht vor. Der nächste Streit zwischen Polizei und Justiz scheint vorprogrammiert.

Befragt wurde Holzer auch zu unleserlichen Dokumenten, die der WKStA übermittelt wurden. Er konnte das nicht nach-

vollziehen, man habe der Anklagebehörde alle Unterlagen – auch im Original – zukommen lassen. Beim betroffenen Dokument handle es sich um eine schlechte Kopie. Auch den Vorwurf der möglichen Befangenheit eines Soko-Beamten, der Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache ein „Kopf hoch“-SMS geschickt hatte, wies Holzer zurück. Die Sache wurde geprüft, die Ermittler seien „zu hundert Prozent“ objektiv.

Im Gegensatz zu Holzer, der vor dem Ausschuss bereitwillig Auskunft gab, brachte die Befragung von Ex-FPÖ-Mandatar Markus Tschank wenig Neues. Der Rechtsanwalt entschlug

sich mit Verweis auf seine Tätigkeit und auf laufende Verfahren gegen ihn mehrfach. Das sorgte erneut für heftige Diskussionen im Ausschuss. Grund für Tschanks Befragung: Strache hatte im Ibiza-Video davon gesprochen, Parteispenden „am Rechnungshof vorbei“ über Vereine fließen lassen zu können. Dem widersprach Tschank in einer seiner wenigen konkreten Aussagen. Über jene parteinahen Vereine, in denen er Funktionen innehatte bzw. hat, sei nie Geld an die FPÖ geflossen. Auf Nachfrage von Grünen-Mandatarin Nina Tomaselli, ob Gelder an FPÖ-Funktionäre geflossen seien, entschlug

sich Tschank jedoch erneut. Die Opposition ortete hier Geldflüsse über den Verein an einen der beiden Ibiza-Hauptdarsteller, Johann Gudenus. Dieser weist die Vorwürfe zurück.

Für eine Planänderung sorgte Alexander Merwald, Geschäftsführer der Novomatic-Schwester Novo Equity. Nachdem seine Vertrauensperson, Anwalt Dieter Böhmendorfer, abgelehnt worden war, musste dessen Befragung erneut verschoben werden. Die Ablehnung wurde damit begründet, dass Böhmendorfer vielleicht selbst vorgeladen wird. In zwei Wochen geht es weiter, dann soll Kanzler Sebastian Kurz befragt werden.

„Kurier NÖ“ 11.06.2020

Die politischen Nachwehen eines Auftritts im Ibiza-Ausschuss

SPÖ und Neos haben Anfragen zum Alois-Mock-Institut eingebracht. Obmann spricht von „Falschaussagen“



MARTIN GEBHART

Niederösterreich intern

Viel hatte der ehemalige Novomatic-Chef **Harald Neumann** am Dienstag bei seinem Auftritt vor dem Ibiza-Untersuchungsausschuss nicht gesagt. Ein kleiner Nebensatz reichte allerdings, um Ibiza politisch ein wenig nach Niederösterreich zu tragen. Zumindest wenn

es nach den Vorstellungen von SPÖ und Neos geht.

Konkret geht es darum, dass Novomatic das Alois-Mock-Institut gesponsert hatte. Einen bürgerlichen Thinktank, dessen Präsident Nationalratspräsident **Wolfgang Sobotka** (ÖVP) ist.

Bei der SPÖ reagierte Landesgeschäftsführer **Wolfgang Kocevar** sofort mit Kritik und der Forderung nach umfassender Aufklärung. In erster Linie in Richtung ÖVP, weil auch deren Landesgeschäftsführer **Bernhard Ebner** bis 2015 geschäftsführender Obmann des Instituts gewesen ist. Gleichzeitig wurde vom SPÖ-Landtagsabgeordneten **Christian Samwald** dazu eine Anfrage an

Harald Neumann auf dem Weg zum Ibiza-U-Ausschuss



APA/HELMUT FOHRINGER

Landeshauptfrau **Johanna Mikl-Leitner** eingebracht.

Genauso liegt dem Landtagspräsidenten bereits eine Anfrage von Neos-Landessprecherin **Indra Collini** an die Landeshauptfrau vor. Auch sie will Aufklärung über das Alois-Mock-Institut. Und auch bei den Neos scheint Bernhard Ebner na-

mentlich in der Anfrage auf.

Die Reaktion aus der Landespartei zentrale der ÖVP: „Wer aus Inseraten in der Zeitung eines bürgerlichen Thinktanks einen Skandal zusammenschustert, stellt möglicherweise viel Kreativität unter Beweis, aber leider auch wenig Seriosität. Von den Neos sind wir derlei

peinliche Anfragen gewöhnt, bei der SPÖ ist das neu.“ Möglicherweise wolle diese von der bekannt gewordenen Spende ohne Gegenleistung von Frank Stronach an die SPÖ ablenken.

Verärgert reagierte der Obmann des Alois-Mock-Instituts, **Christian Rädler**, auf „haltlose Vorwürfe“. Beim Sponsoring der Novomatic handle es sich um Inserate der Novomatic im Mock-Report. Im Vorjahr wären da 2.625 Euro geflossen. Das Mock-Institut sei ein bürgerlicher Thinktank, der „von Parteien völlig unabhängig“ sei. Man behalte sich „gegen die zahlreichen falschen Behauptungen der letzten Tage“ rechtliche Schritte vor.

„Kurier“ 11.06.2020

Blaue Vereine im Visier: „Was war die Leistung?“

Ibiza-U-Ausschuss. Ex-FPÖ-Mandatar Tschank entschlägt sich exzessiv

VON JOHANNA HAGER

Déjà-vu an Tag 4. **Markus Tschank**, Ex-FPÖ-Mandatar tut genau das, was tags zuvor Ex-Novomatic-Manager **Harald Neumann** exerzierte: Er macht von seinem Recht Gebrauch, sich der Aussage zu entschlagen. Weil es laufende Verfahren gegen ihn gibt, und er sich als Anwalt auf die Verschwiegenheitspflicht berufen kann.

Publik wird, dass bis dato keine Geldflüsse von FPÖ-nahen Vereinen an die FPÖ nachzuweisen sind – wie im Ibiza-Video insinuiert wird.

Das ISP (*Institut für Sicherheitspolitik*), dem Tschank u. a. als Ob-

mann vorsteht, gehöre zu den bestgeprüften Vereinen der Republik, so Tschank. Dass das ISP die gleiche Adresse wie sein Anwaltsbüro hat, er sich gleichsam selbst 3.600 Euro in Rechnung stellt für einen Schreibtisch in seinem eigenen Büro und zudem 30.000 Euro netto pro Jahr als „Management Fee“ kassiert, das irritiert die Grüne **Nina Tomaselli**, nicht aber Tschank. „Was war die Leistung?“ wird zur Pointe einer jeden Fraktionsführer-Frage. Allein: Sie bleibt unbeantwortet. 200.000 Euro sollen jeweils seit 2017 von der Novomatic und vom Verteidigungsministerium für Kooperationen an das ISP geflossen sein. Wozu diese Koopera-

tionen dienten, das will Tschank nicht sagen. Kein erhellendes Wort gibt es zudem zu den ihm zuzurechnenden Firmen („Pegasus Immobilien GmbH“, „Imbeco GmbH“) und ob diese stille Teilhaber haben, die **Dominik Nepp**, **Harald Vilimsky** oder **Johann Gudenus** heißen. Bestätigen kann er nur, dass er mit Gudenus befreundet ist – ebenso wie mit Ex-Novomatic-Pressesprecher **Bernhard Krumpel**. Wie er dessen Chef, Ex-Novomatic-Boss Neumann, kennengelernt hat, das will der „Vereinsmeister“ (Tomaselli über Tschank) partout nicht sagen. Stattdessen wird publik, dass Tschank während der ÖVP-FPÖ-Regierung für



Markus Tschank, Ex-FPÖ-Mandatar

Neumanns Sohn intervenierte, da dieser beim Heer versetzt werden wollte. Keinen Kontakt habe Tschank seit „vielen, vielen Monaten“ mit **Heinz-Christian Strache**. Ex-Justizminister **Dieter Böhmdorfer** bringt hernach **Alexander Merwald** um seine Aussage. Novomatic-Manager Merwald wollte Böhmdorfer als Vertrauensperson. Böhmdorfer soll aber selbst als Auskunftsperson geladen werden. Zudem hat seine Kanzlei ein Gutachten für die Casinos gemacht.

„Kronen Zeitung“ 11.06.2020

Mehr Transparenz

Geldflüsse vom Gewinnspielkonzern Novomatic an das VP-nahe Alois-Mock-Institut kritisieren die Neos heftig. Die SP bringt dazu nun eine Anfrage im Landtag ein und fordert volle Aufklärung.

„Kronen Zeitung“ 11.06.2020

➤ Ibiza-U-Ausschuss nahm FPÖ-nahe

Flossen Gelder

Schon seit Langem gibt es Anzeichen, dass über FPÖ-nahe Vereine große Summen zu blauen Politikern geflossen sind – etwa vom Glücksspielkonzern Novomatic. Bei der Befragung der Schlüsselfigur in dieser Causa, Ex-FPÖ-Mandatar Markus Tschank, ergab sich eine neue Spur.

⊙ Ex-FPÖ-Mandatar und Rechtsanwalt Markus Tschank blockte eine Vielzahl an Fragen der Abgeordneten ab.

Und täglich grüßt das Murmeltier – so lässt sich die vierstündige Befragung des Ex-FPÖ-Mandatars und Rechtsanwaltes Markus Tschank im Ibiza-U-Ausschuss beschreiben. Dieser setzte nämlich dort fort, wo Ex-Novomatic-Boss Harald Neumann tags zuvor aufgehört hatte: Er lieferte einen Entschlagungs-marathon ab.

Fragen an ihn hatten die Abgeordneten genug – schließlich hatte Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache im Ibiza-Video erwähnt, dass unter anderem der Glücksspielkonzern Novomatic über FPÖ-nahe Vereine Gelder verdeckt an die



Foto: www.picturedesk.com

über Vereine an Politiker?

Partei spenden würde. Seit-her steht der Vorwurf im Raum, dass über diese Ver-eine Gelder an FPÖ-Politi-ker geflossen sein sollen. Pi-kant: In vielen daraufhin ins Visier der Ermittler gerate-nen FPÖ-nahen Vereinen war oder ist Tschank aktiv.

Das „ISP – Institut für Si-cherheitspolitik“ etwa, des-sen Obmann Tschank ist, bekam 240.000 Euro von der Novomatic – wofür, wollte Tschank nicht sagen. Laut Neos-Fraktionsfüh-re-rin Stephanie Krisper sind vom ISP wiederum 45.000 Euro an zwei Firmen geflos-sen – auch an die Imbeco GmbH von Tschank, an der Ex-FPÖ-Klubobmann Jo-hann Gudenus und der Wie-ner FPÖ-Chef Dominik Nepp stille Teilhaber waren. „Am Ende des Tages würde das bedeuten, dass Geld von der Novomatic über die ISP

VEREINE MIT BETEILIGUNG VON MARKUS TSCHANK



über eine GmbH an Politi-ker geflossen ist“, schluss-folgert SPÖ-Fraktionsfüh-rer Kai Jan Krainer. Der An-walt von Gudenus und Nepp

selbst betonen, dass sie kei-nen Cent erhalten haben.

Tschank beantwortete da-zu kaum Fragen, betonte aber, dass Wirtschaftsprüfer

festgestellt hätten, dass kei-ne Zahlungen von den Ver-einen an Parteien oder Vor-feldorganisationen getätigt worden seien. Sandra Schieder

Konflikte zwischen Ermittlern und WKStA: Der Leiter der

Der Sonderermittler

Andreas Holzer, der Leiter der SOKO Tape, musste sich in den letzten Wochen viel Kritik gefallen lassen. ÖVP-Nähe in seinem Team, Zurückhalten des Videos. Gestern durfte er im Ibiza- U-Ausschuss aussagen. Und er bot bemerkenswerte Einblicke. Sie verdeutlichen zum Teil tiefe Gräben innerhalb der Justiz.

Viel Kritik war geäußert worden über die SOKO Tape. ÖVP-Nähe, Zurückhalten von Ibiza-Material. Matthias Purkart von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), sprach am Dienstag im U-Ausschuss von schweren Mängeln und Befangenheit von SOKO-Beamten. Gestern kam der Leiter der SOKO zu Wort. Andreas Holzer, erprobter Ermittler und Leiter verschiedener Sonderkommis-

sionen, wies alle Vorwürfe von sich. „Mein Team ist hochprofessionell und erfahren. Und es gibt keine Befangenheit.“ Auch nicht beim umstrittenen Beamten R., der einst für die ÖVP kandidiert und FPÖ-Chef-Strache nach dem Ibiza-Skandal ein „Kopf-Hoch-SMS“ geschickt hatte. „Er hat mir glaubwürdig vermittelt, dass er nicht befangen ist. In seinen Ermittlungen war er 100 Prozent korrekt.“ Und warum bei der „Schred-

der-Affäre“ Handy und Laptop des Mitarbeiters von Kanzler Kurz nicht konfisziert wurden? „Es fehlte die Anordnung der WKStA. Ohne Anordnung dürfen wir nichts tun.“ Und das eingescannte Dokument, auf dem der Name Kurz geschwärzt war? „Das ist nur für uns intern. Das Original hat auch – wie alles – die WKStA.“

Zu viele Zuständigkeiten für den heiklen Fall

Zum Vorwurf, das Ibiza-Material sei zurückgehalten worden, meint Holzer: „Die Staatsanwaltschaft Wien wurde informiert. Unmittelbar nach dem Fund.“ Holzers direkter Vorgesetzter Franz Lang (der Chef des

SOKO Tape verteidigte sein Team gegen heftige Kritik im U-Ausschuss

wird offensiv

Bundeskriminalamts nimmt seine Beamten gegen die Vorwürfe in Schutz) sei ebenfalls zeitnah informiert worden. Holzer spricht vielmehr von Schwächen bei der WKStA. „Zu Beginn wurde parallel ermittelt. Die WKStA hat weder Videos noch Fotos von Straches Handy ausgewertet. Ein kriminaltechnisches Desaster.“

Die SOKO habe 37 Terabyte sichergestellt und erhalten von zwei Staatsanwaltschaften Aufträge (WKStA zuständig für Inhalte, Staatsanwaltschaft Wien für Hintergründe). Viel Bürokratie in so einem sensiblen Fall. Soko-Chef Holzer wird jedenfalls noch einmal geladen. Zu viele Fragen blieben

offen. Am gestrigen Tag hätte auch Novomatic-Manager Alexander Merwald aussagen sollen. Er tauchte auf, und wurde gleich wieder heimgeschickt. Denn er hatte als Vertrauensperson Dieter Böhmdorfer, Anwalt und ehemaliger FPÖ-Justizminister, mitgebracht. Böhmdorfer aber gilt als mögliche Auskunftsperson im Ausschuss.

Erich Vogl



Die WKStA hat das Bildmaterial von Straches Handy nicht ausgewertet. Ein kriminaltechnisches Desaster.

Andreas Holzer, Leiter SOKO Tape



Andreas Holzer (vorne), seit mehr als einem Jahr Leiter der SOKO Tape, durfte gestern vor dem U-Ausschuss aussagen.

„www.orf.at“ 10.06.2020

„Ibiza“-Ausschuss lehnte Vertrauensperson Böhmdorfer ab

Im „Ibiza“-Untersuchungsausschuss ist heute die Vertrauensperson von Alexander M., Manager einer Novomatic-Tochter, abgelehnt worden. Die geplante Vertrauensperson war Ex-FPÖ-Justizminister und Anwalt Dieter Böhmdorfer. Als Grund wurde angegeben, dass Böhmdorfer selbst in den Akten vorkomme und deshalb als Auskunftsperson geladen werden könnte.

M. und Böhmdorfer verließen ohne Befragung den Ausschuss. M. gab an, dass er ohne Vertrauensperson keine Auskünfte geben werde. M. war bereits für Dienstag geladen gewesen, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit war seine Befragung aber auf heute verschoben worden.

Sobotka will in Sachen Video nicht aktiv werden

Unterdessen sieht sich Ausschussvorsitzender Wolfgang Sobotka (ÖVP) in Sachen Lieferung des „Ibiza-Videos“ an den Ausschuss nicht in der Lage, aktiv zu werden. NEOS-Fraktionsvorsitzende Stephanie Krisper hatte eine entsprechende Forderung formuliert: Sobotka solle den Berliner Anwalt des mutmaßlichen Videodrahtziehers Julian H. fragen, „ob er sich nicht kooperativ verhalten“ und dem Ausschuss das Video zukommen lassen wolle. Schließlich würden sie über das Video verfügen.

Darauf im Zuge der Befragung von SoKo-Chef Andreas Holzer angesprochen, sagte Sobotka, dass die möglichen Ersteller des Videos ja kein bearbeitetes Video liefern könnten. Sobotka zudem: „Ich wüsste nicht, wem ich das schreiben soll.“ Krisper hatte im Vorfeld betont, dass man „es leid“ sei, „auf das Video zu warten“.

Die Staatsanwaltschaft Wien und neuerdings auch die Wirtschafts- und Korruptionsanwaltschaft (WKStA) sind bereits in Besitz des Videos – im Ausschuss sorgt das Warten auf das Video zunehmend für Unmut.

„APA“ 10.06.2020

U-Ausschuss - Merwald-Befragung wegen Böhmdorfer erneut verschoben

Utl.: FPÖ-naher Anwalt als Vertrauensperson abgelehnt - Böhmdorfer selbst potenzielle Auskunftsperson - Merwald braucht neue Vertrauensperson - U-Ausschuss geht um 15.30 Uhr mit Holzer weiter

Wien (APA) - Die Befragung des Novomatic-Managers Alexander Merwald im Ibiza-U-Ausschuss ist am Mittwoch erneut verschoben worden. Grund dafür war, dass Merwald als Vertrauensperson den Anwalt und Ex-Minister Dieter Böhmdorfer (FPÖ) mitgenommen hatte. Die Abgeordneten lehnten Böhmdorfer als Vertrauensperson ab, weil Böhmdorfer selbst eine potenzielle Auskunftsperson für den Untersuchungsausschuss ist.

Merwald, Geschäftsführer der Novomatic-Schwesterfirma Novo Equity, war ursprünglich für Dienstag geladen gewesen, wurde wegen der fortgeschrittenen Zeit aber um einen Tag verschoben. Merwald, einer der Beschuldigten in der Causa Casinos, muss sich nun eine neue Vertrauensperson suchen. Einen neuen Termin für Merwalds Befragung gab es noch nicht.

Um 15.30 Uhr soll als weitere Auskunftsperson der Leiter der SoKo Tape, Andreas Holzer, gehört werden.

„www.orf.at“ 10.06.2020

„IBIZA“-U-AUSSCHUSS

Stille Beteiligungen an Tschank-Firma im Fokus

Eine stille Beteiligung von Ex-FPÖ-Chef Johann Gudenus an einer Firma des Ex-FPÖ-Abgeordneten Markus Tschank hat am Mittwoch den „Ibiza“-U-Ausschuss beschäftigt. Laut Firmenbuch hat die Immobilienfirma Imbeco stets Tschank alleine gehört. Nach der Befragung zeigte sich: Neben Gudenus war aber auch der amtierende Wiener FPÖ-Chef Dominik Nepp stiller Teilhaber.

NEOS-Fraktionsführerin Stephanie Krisper hielt Tschank in der Befragung vor, dass Gudenus im September 2018 dem Unvereinbarkeitsausschuss des Parlaments gemeldet hatte, dass er mit Sperrminorität Gesellschafter der Imbeco GmbH sei, und wollte wissen, ob es andere stille Teilhaber gibt. Tschank gab dazu mit Verweis auf seine anwaltliche Verschwiegenheitspflicht keine Antwort – damit blieb im U-Ausschuss zunächst offen, ob weitere ehemalige und bestehende FPÖ-Funktionäre still Anteile halten.

Am Nachmittag erklärte FPÖ-Wien-Chef Nepp in der „Presse“ (Onlineausgabe), dass er an der Imbeco beteiligt gewesen sei. Nach Bekanntwerden des „Ibiza“-Videos sei die Geschäftsbeziehung aber aufgelöst worden. Es handelte sich laut Nepp um privates Vermögen, das in einige kleine Wohnungen veranlagt wurde. Nepp sagte zur Zeitung, er habe die Beteiligung dem Bundesrechnungshof gemeldet, und sie sei auch im Wiener Landtag behandelt worden. „Ich habe auch nie einen Cent davon bekommen“, so Nepp, das Investment sei ein Verlustgeschäft gewesen.

Geld an ISP zurücküberwiesen

Die Imbeco GmbH und eine zweite Tschank-Firma, die Pegasus Immobilien GmbH, wurden von Krisper aufs Tapet gebracht, weil diese Geld an das „Institut für Sicherheitspolitik“ (ISP) zurücküberwiesen hätten. Das ISP beschäftigte den U-Ausschuss, weil es einer der Vereine ist, in denen Tschank und andere FPÖ-Funktionäre engagiert waren, und die Spenden von Unternehmen erhielten, unter anderem 200.000 Euro vom Glücksspielkonzern Novomatic. Zudem gibt es einen Kooperationsvertrag mit dem Verteidigungsministerium.

Tschank ließ viele der Fragen der Abgeordneten unbeantwortet. Er machte von seinem Entschlagsrecht als Beschuldigter Gebrauch und verwies zudem auf seine anwaltliche Verschwiegenheit, von der er von den FPÖ-nahen Vereinen nicht entbunden worden sei. Als Gesellschafter und Geschäftsführer von Imbeco habe er sich selbst ebenfalls nicht vom Anwaltsgeheimnis entbunden. „Dann haben wir einen Zirkelschluss“, konstatierte SPÖ-Fraktionsführer Kai Jan Krainer. Gegen Tschank ermitteln die Staatsanwälte seit Auffliegen des „Ibiza“-Skandals in mehreren Verfahren. Beschuldigte haben das Recht sich zu entschlagen, um sich nicht selbst zu belasten.

Bemüht, „engagiert zu sein“

Tatsächlich übte Tschank in gleich mehreren FPÖ-nahen Vereinen Funktionen aus: bei ISP war er etwa Obmann. Beim Verein Austria in Motion war er als Kassier tätig, auch bei Wirtschaft für Österreich und Patria Austria war er Mitglied. Tschank unterhielt zudem mit Kurzzeit-Casinos-Finanzvorstand Peter Sidlo (FPÖ) eine gemeinsame Firma, die Mitte 2018 liquidierte Polimedia GmbH.

Er bemühe sich, „engagiert zu sein“, als „Vereinsmeier“ würde er sich nicht bezeichnen, so Tschank auf eine entsprechende Frage der grünen Mandatarin Nina Tomaselli. Tschank hielt fest, dass niemals Zahlungen an Parteien oder Vorfeldorganisationen erfolgt seien, das sei jeweils von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft worden. „Zu keinem Zeitpunkt ist es zu illegalen Finanzierungen gekommen“, so Tschank. Ob an Einzelpersonen Geld geflossen sei, wollte Tschank nicht sagen. Die Funktionen in den Vereinen (mit Ausnahme des ISP) habe er aus privaten Gründen zurückgelegt, so Tschank.

„Bitte aufpassen!“

ÖVP-Mandatar Wolfgang Gerstl zitierte aus einer E-Mail Tschanks von 2015 – es geht um den Verein Austria in Motion. Darin hieß es: „Bei Zuwendungen zum Verein ist auch ein Spannungsverhältnis zum Parteiengesetz zu beachten.“ Als Rechtsanwalt sei das seine Pflicht gewesen, gab Tschank an, der eine eigene Rechtsanwaltskanzlei führt. Es sei ja nicht verwerflich, schließlich habe man ja die Partei nicht finanziert – es habe stets eine „saubere Trennung“ gegeben, so Tschank im Ausschuss.

Gerstl fragte zu einer Nachricht von Ex-FPÖ-Vizekanzler Strache, der „Bitte aufpassen!“ schrieb. Tschank gab keine Antwort, auch nicht dazu, warum er Personen wegen Spenden kontaktiert habe. „Wenn man an die Partei spenden will, spendet man an die Partei, nicht an den Verein“, so Tschank. Strache selbst hatte in seiner Befragung gesagt, dass es nur wenige Großspender gebe, da viele Angst hätten, wegen Parteispenden an die Freiheitlichen Aufträge zu verlieren.

Keine Antwort zu Novomatic-Kooperation

Fragen zur Novomatic-Kooperation beantwortete Tschank in Verweis auf ein laufendes Verfahren nicht. NEOS-Fraktionsvorsitzende Stephanie Krisper wollte etwa wissen, wie es zur Kooperation kam. Auch hier antwortete Tschank mit Verweis auf das laufende Ermittlungsverfahren nicht – was eine Debatte zur Geschäftsordnung lostrat. Die Antwort wollte Tschank letztlich nicht geben – weil er sich durch die Beantwortung der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen würde.

Krisper legte daraufhin ein Chatprotokoll vor. In diesem hielt Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann gegenüber Ex-Novomatic-Pressesprecher Bernhard Krumpel sinngemäß fest, dass man bei den Regierungsverhandlungen jemanden wegen der Glücksspiellizenzen einbinden sollte. Erwähnt wird in dem Chat Tschank – der aber nicht für das Thema zuständig war. Tschank wollte zu den Chats unter dem Verweis auf das Entschlagungsrecht nichts sagen. Tschank wollte auch nicht angeben, woher er Neumann kennt. Auch die Frage, ob Krumpel oder Neumann Kontakte zur ÖVP unterhielten, quittierte Tschank mit „dazu habe ich keine Wahrnehmung“.

Intervention für Neumann-Verwandten?

Später legte Krisper noch ein Dokument vor – wiederum Chatverläufe von Neumann und Krumpel. Darin sei zu lesen, dass Neumann die Versetzung eines Verwandten im Grundwehrdienst veranlassen wollte. Krumpel habe geantwortet, dass sich Tschank darum kümmern werde. Später habe Tschank mitgeteilt, dass die Intervention geklappt habe: Der Verwandte sei zur Garde versetzt worden, um den Lkw-Führerschein zu machen. „Ende gut, alles gut“, sagte Krisper. Tschank verwies auf das laufende Verfahren.

Später zitierte Krisper wiederum aus den Akten und fragte bei Tschank nach, wer mit „Hanni“ gemeint sei – bei ihr sei wegen der Verlegung des Verwandten im Bundesheer interveniert worden. Ob das Johanna Mikl-Leitner, Niederösterreichs ÖVP-Landeshauptfrau, sei? Das könne man annehmen, sagte Tschank. Die erneute Frage, ob Krumpel oder Neumann Kontakte zur ÖVP unterhielten, ließ Tschank einmal mehr unbeantwortet.

3.600 Euro für ISP-Schreibtisch in Kanzlei

Der Sitz des Instituts für Sicherheitspolitik entspreche dem seiner Rechtsanwaltskanzlei, wie Tschank auf eine entsprechende Frage von Verfahrensrichter Pöschl bestätigte. Pöschl und später auch die Grünen wollten zudem wissen, ob es stimme, dass eine Pauschale von 3.600 Euro vom ISP an seine Kanzlei gehe („für einen Schreibtisch in der Kanzlei“) - Tschank berief sich wieder auf sein Recht der Aussageverweigerung. „Ein teurer Schreibtisch“, hielten die Grünen fest.

Einer der wenigen Punkte, zu denen Tschank dann doch Stellung nahm, waren die 1.250 Euro netto monatlich für seine „Managementleistungen“ für das ISP. Diese seien in den entsprechenden Generalversammlungen beschlossen worden und eine angemessene Abgeltung für die geleistete Arbeit, meinte Tschank.

Die FPÖ versuchte etwa herauszuarbeiten, dass nicht nur die FPÖ über parteinahe Vereine verfüge, die Verträge mit dem Verteidigungsministerien hätten. Auf Fragen von FPÖ-Mandatar Philipp Schrangl gab Tschank an, dass weitere fünf Institute mit dem Ministerium Kooperationsverträge hätten. Diese Institute hätten auch eine politische Zuordnung, das sei auch so gewünscht, stellte Tschank dar. „Die Mehrheit ist sozialdemokratisch“, so Tschank, er nannte etwa das Bruno Kreisky Forum.



Krisper fragte Tschank zur ISP-Kooperation mit Novomatic - und bekam keine Antworten

Der Schatten über den Casinos



Harald Neumann, der vormalige Vorstandsvorsitzende des

Glücksspielkonzerns Novomatic, kam zum Untersuchungsausschuss in Begleitung seines Rechtsanwalts Norbert Wess (r.).

[APA]

U-Ausschuss. Der ehemalige Novomatic-Chef Harald Neumann wollte zu den Hintergründen der Casinos-Vorstandsbestellung wenig sagen. Ein Oberstaatsanwalt der WKStA erzählte dafür umso mehr.

VON HANNA KORDIK, IRIS BONAVIDA UND ANNA THALHAMMER

Wien. Die Erzählstränge, die sich aus der berühmten Finca auf Ibiza bis in die österreichische Innenpolitik ziehen, wären schon verworren genug: Im parlamentarischen Untersuchungsausschuss geht es um mutmaßliche versteckte Geldflüsse und Parteispenden, um Postenschacher und möglichen Gesetzeskauf. Die Parlamentarier wollen in dem Themenkomplex aber auch noch einer anderen Frage nachgehen: Werden die Ermittlungen der Behörden rund um die Causa Ibiza politisch beeinflusst?

Am Dienstag zeigte sich im Lokal 7 in der Hofburg zumindest eines: Der schon länger schwelende Streit zwischen Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) und der „Soko Ibiza“ bremst die Aufklärungsarbeit. Als Auskunftsperson geladen war der Ibiza-Ermittler und Oberstaatsanwalt Matthias Purkart von der WKStA. Die Behörde geht den möglichen Gesetzesbrüchen, über die im Ibiza-Video besprochen wurde, nach. Die „Soko“ im Bundeskriminalamt ermittelt unter anderem in ihrem Auftrag.

Aber offenbar nicht zu ihrer Zufriedenheit. Purkart berichtete dem U-Ausschuss Details, die für die Neos-Abgeordnete Stephanie Krisper „das explosive Neue“ sind. Die Arbeit der Justiz könnte von der „Soko“ behindert worden sein. Und SPÖ-Mandatar Kai Jan Krainer stellte die Frage in den Raum, ob es sich bei der so schleißig dargestellten Arbeit der „Soko“ um Unvermögen oder Absicht handle.

Unleserliche Scan-Kopie

Was war passiert? Purkart erzählte dem U-Ausschuss von einer Scan-Kopie, die die „Soko“ an die WKStA übermittelte. Es ging um Notizen von Casinos-Aufsichtsratschef Walter Rothensteiner. Die Kopie war in miserabler Qualität, Schatten machten das Dokument teils unleserlich. „Da hat es uns die Augen raus gehaut“, sagte Purkart dazu. Erst nachher sah die WKStA, was sich unter dem Schatten verbarg: Es ging um ein Treffen zwischen Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und den früheren ÖVP-Chef und -Vizekanzler sowie Casinos-Aufsichtsrat Josef Pröll. Offenbar sollte eine angedachte Holdinglösung für die Casinos Austria und eine Vorstandsbestellung ohne Ausschreibung Thema sein.

Andere Dokumente seien ebenfalls in schlechter Qualität eingescannt gewesen.

Auch sonst seien „gravierende Dinge passiert, die uns sehr gestört haben, dass man fast Bauchweh bekommt“. Zum Beispiel habe die Soko das Handy von Heinz-Christian Strache zwar entsperren bekommen, sich aber nicht darum gekümmert. Dadurch habe es sich wieder versperren. Erst durch Straches Anwalt konnte man das Handy wieder entsperren.

Das Bundeskriminalamt stellt die Situation gegenüber der „Presse“ anders dar: Man habe alle Originalbeweismittel übergeben. Der Scan sei eigentlich nur für den eigenen Gebrauch erstellt worden. Auf Bitten der WKStA sei ihr die Kopie überlassen worden, da diese nicht selbst noch einmal etliche Seiten scannen wollte.

Purkart und dessen technische Expertise kennt man übrigens schon aus dem BVT-Verfahren. Er war derjenige, der glaubte, dass Mitarbeiter Fernlösungen vornehmen könnten – was ein Hauptgrund für die Hausdurchsuchung war. Freilich ist das technisch nicht möglich.

Am Mittwoch werden die Abgeordneten jedenfalls die Zusammenarbeit der Behörden aus einer anderen Perspektive erzählt bekommen: Andreas Holzer, Leiter der „Soko Tape“ ist als Auskunftsperson geladen.

Der zugeknöpfte Novomatic-Boss

Der Dienstagvormittag war für die Abgeordneten weniger ergiebig, was die Informationen betraf. Aber Aufregung gab es trotzdem: Als Auskunftsperson geladen war

Harald Neumann, bis Februar 2020 Chef des Glücksspielkonzerns Novomatic. Es waren nicht irgendwelche spektakulären Aussagen Neumanns, die die Gemüter erhitzen. Es war das, was er nicht sagte. Ständig. Fast keine Frage der Abgeordneten, die Neumann nicht mit „Ich entschlage mich der Aussage“ quittierte.

Klar: Neumann ist Beschuldigter in der sogenannten Causa Glücksspiel – und er wollte sich halt nicht selbst belasten. In der Causa geht es um die Ereignisse des März 2019: Damals wurde FPÖler Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos Austria gekürt. Vom Aufsichtsrat der Casinos Austria, in dem Neumann nicht nur Sitz und Stimme hatte – und für Sidlo votierte. Neumann hat sich aber schon im Vorfeld der Sitzung massiv für Sidlo ins Zeug gelegt. Warum, fragt man sich – fragen sich auch die Ermittler. Gab es etwa einen Hintergrunddeal mit der FPÖ, von dem Novomatic profitieren sollte? Etwa in Form von Glücksspiellizenzen?

Gleich zu Beginn des Ausschusses verlas Neumann eine Erklärung. Sukkus: Novomatic habe keinerlei Parteispenden getätigt; er und das Unternehmen hätten sich stets korrekt und gewissenhaft verhalten; es sei ihm ferngelegen, Amtsträger zu bestechen. Obwohl: Natürlich habe Novomatic Kontakt zu Politikern gehabt. Es gebe in Österreich nun einmal keine eigene Behörde für das Glücksspiel, als Vorstandsvorsitzender habe er also dem zuständigen Finanzministerium persönlich seine Anliegen vor-

tragen müssen. Sein Lobbying sei aber niemals mit der Gewähr von Vorteilen verknüpft gewesen.

Und übrigens: Die Lizenz für das Onlineglücksspiel habe ausschließlich die Casinos-Tochter Lotterien. Dieses Monopol sei bis 2027 festgeschrieben. Es sei also „lebensfremd“, anzunehmen, dass Novomatic einen FPÖler zum Finanzvorstand gekürt habe, um sich ab 2027 Vorteile zu erhoffen. „Wer weiß schon, wer dann an der Macht ist“, schloss Neumann.

Nur einmal wird es emotional

Es ist ein regelrechter Wortschwall verglichen mit dem, was folgen soll. Neumann wird zur Novomatic-Kooperation mit dem FPÖ-nahen Institut für Sicherheitspolitik (ISP) befragt. Er bestätigt bloß die (ohnehin bekannte) Kooperation. ÖVP-Abgeordneter Wolfgang Gerstl befragt ihn zu jener Notiz des Novomatic-Managers Alexander Merwald, über die „Die Presse“ in der Dienstagausgabe berichtete. Aus ihr geht hervor, dass Novomatic eine Glücksspiellizenz im Burgenland wichtig war. Warum, darf die Öffentlichkeit nicht erfahren: „Das ist Geschäftsgeheimnis“, befindet Neumann. Gab es Termine mit dem damaligen FPÖ-Staatssekretär Fuchs, der im Finanzministerium für das Glücksspiel zuständig war? Erraten: Neumann entschlägt sich der Antwort.

Und so geht es weiter: Die grüne Abgeordnete Nina Tomaselli versucht zu eruieren, welche Bedeutung eine Onlinelizenz für No-

vomatic gehabt hätte. Fehlanzeige. „Das kann ich nicht beantworten, weil das von mehreren Faktoren abhängt“, sagt Neumann. Emotional wird er bloß bei Tomasellis Behauptung, Peter Sidlo sei für den Vorstandsjob „nicht geeignet“ und „inkompetent“ gewesen. Neumann verbittet sich solche Formulierungen, die disqualifizierend seien. Sidlo sei ein geeigneter Kandidat für den Job gewesen. Ob dieser den Job auch bekommen hätte, wenn sich Neumann nicht so massiv für ihn ausgesprochen hätte? Keine Antwort.

KOMMENTAR

VON OLIVER PINK

Die Farce im U-Ausschuss

Der politische Prozess hat einen Haken: Der juristische findet erst nachher statt.

Die stundenlange Befragung von Harald Neumann lässt sich kurz zusammenfassen: Die einen Fragen beantwortete er nicht, weil sie nicht Teil des Untersuchungsgegenstandes seien. Bei den anderen verwies er darauf, dass sie Teil des Untersuchungsgegenstandes seien und er sie eben deswegen nicht beantworten könne, weil er ja noch nicht vor der Justiz – also der echten – ausgesagt habe.

Hier die gut vorbereiteten Abgeordneten, die Neumann selbst gern vorführen würden, bevor das (eventuell) die Justiz macht. Dort der Ex-Novomatic-CEO, in blütenweißem Hemd, Pokerface wie ein Filmstar, der auf sein gutes Recht pocht. Und mitendrin die Verfahrensrichterin, immerhin frühere OGH-Vizepräsidentin, die das zum ersten Mal macht, was man ihr auch anmerkt. Wenn es alle so halten wie Neumann – sofern es tatsächlich den Verfahrensregeln entspricht, was nun post festum geklärt wird –, gerät der Ausschuss zur Farce.

Vielleicht lässt man überhaupt erst einmal die Justiz – also die echte – machen. Und klärt das, was dann noch offen ist, in einem politischen Ausschuss. Den Kleinkrieg WKStA vs. Soko Tape etwa. Die WKStA legte gestern vor – und heftige Vorwürfe auf den Tisch. Die Soko Tape sollte sie rasch entkräften. Sofern sie kann.

E-Mails an: oliver.pink@diepresse.com



NEUMANN
Ex-Novomatic-
Chef entschlug
sich der Aussage.

SOBOTKA
gab Vorsitz
an seinen
Vize ab.

KRAINER
SPÖ-Mandatar
brachte Sobotka
zum Kochen.

Eklat im U-Ausschuss: Sobotka verlässt Saal

Riesenkrach um Neumann-Aussage

Opposition: U-Ausschuss- Vorsitzender ist befangen

Im Ibiza-Ausschuss kam es zum Eklat – im Mittelpunkt stand NR-Präsident Sobotka.

Wien. Die Befragung von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann am Dienstag im Ibiza-U-Ausschuss führte zu mehreren Eklats. Vor allem zwischen den Oppositionsabgeordneten Jan Krainer (SPÖ) und Stephanie Krisper (Neos) auf der einen und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) auf der anderen Seite flogen die Fetzen.

Neumann verweigerte fast immer die Aussage

Neumann: Kein Deal mit FPÖ. Neumann sollte die Frage zu klären helfen, ob es zwischen dem Glücksspielkonzern und der FPÖ einen Deal um den Posten des geschassten Casinos-Vorstandes Peter Sidlo gegeben habe – der Preis dafür sollten angeblich Glücksspiel-Lizenzen sein.

Was Neumann erneut zurückwies – doch ansonsten war

vom Ex-Konzernchef wenig zu hören. Er entschlug sich fast immer der Aussage, er sei schließlich Beschuldigter im Casinos-Strafverfahren.

Funken. Weil Sobotka als Ausschussvorsitzender das zuließ, flogen die Funken vor allem mit SPÖ-Mann Jan Krainer, der dem Zeugen Neumann gerne eine Beugestrafe aufgebrummt hätte.

Naheverhältnis? Krainer und Krisper werfen Sobotka ein Naheverhältnis zur Novomatic vor, Sobotkas Ex-Sprecher arbeitete für den Konzern, ein VP-nahes Institut, bei dem Sobotka sogar Präsident ist, erhielt Geld (siehe Kasten rechts).

Abgang zu Sitzung. Als Krainer Neumann zu persönlichen Geldgeschenken befragen wollte, eskalierte die Situation: Sobotka verließ den Saal („leicht genervt“, wie Abgeordnete beobachtet haben wollen) und gab den Vorsitz an ÖVP-Mann Andreas Hanger ab. Eine langgeplante Präsidialsitzung wurde aus seinem Büro als Grund genannt. Sobotka kehrte an diesem Tag nicht mehr zurück.

Neue Ladung. Neumann wurde indes nicht gesprächiger – worauf die Befragung abgebrochen wurde. Er soll jetzt nach einem Gutachten der Parlamentsdirektion nochmals geladen werden.



Neos-Abgeordnete Krisper.



„Am Ende lohnt es sich, anständig und korrekt zu bleiben.“

Geld für Institut, bei dem Sobotka Präsident ist

→ **ÖVP-naher Verein:** „Die Novomatic zahlt alle“, hatte HC Strache in Ibiza getönt. „Da hat er die Wahrheit gesagt“, lacht SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer. Tatsächlich erhielten nicht nur FPÖ-nahe Vereine Geld, sondern auch das ÖVP-nahe Alois-Mock-Institut – dies gab Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann im U-Ausschuss zu.

→ **Präsident Sobotka:** Was die Sache zusätzlich brisant macht: Präsident der Stiftung ist ausgerechnet U-Ausschussvorsitzender Wolfgang Sobotka – der ÖVP-Politiker gerät damit unter Druck der Opposition, die seinen Ausschuss-

Vorsitz klarerweise für unvereinbar hält. Aus ÖVP-Kreisen ist zu hören, Novomatic habe nur zwei Inserate in Höhe von jeweils 2.500 Euro in der Zeitschrift des Instituts geschaltet – tatsächlich dürften es aber mehr sein.

→ **Hochegger schrieb Drehbuch:** Der „Tatplan zur Korrumpierung der Republik“, wie es Krainer nennt, soll von Ex-Lobbyist Peter Hochegger stammen. Er hatte für den Glücksspielkonzern Novomatic eine Strategie entworfen, wie man Politiker beeinflusst. Ganz offen ist darin von „Sponsoringprojekten“ für Politiker die Rede.

Wirbel um Schatten auf Akten der Soko

→ **Knalleffekt.** „Da hat es uns die Augen rausgehaut“, sagte Ibiza-Ermittler Matthias Purkart von der Korruptionsstaatsanwaltschaft. Schatten hätten Teile einer Unterlage der Soko Tape unleserlich gemacht. In den Notizen von Casag-Aufsichtsratschef Walter Rothensteiner geht

es um ein Treffen zwischen Kanzler Sebastian Kurz und Casinos-Aufsichtsrat Josef Pröll. „Im Original war das aber sehr wohl lesbar“, so Purkart. Auch weitere Unterlagen der Soko Tape hätten seltsame Schatten gehabt.



Purkart (l.)
sagt aus im
Ausschuss.

➤ Der blaue Ex-Finanzstaatssekretär will kein Geld für Gesetze kassiert haben

Novomatic: Fuchs wehrt sich,



Wollte sich Novomatic Lizenzen und Gesetze kaufen? Diese Frage konnte gestern im U-Ausschuss nicht geklärt werden. Der blaue Ex-Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs will jedenfalls kein Geld von Novomatic für Gesetze kassiert haben. Nach dem Motto „Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts“ agierte Ex-Novomatic-Boss Harald Neumann bei seiner Einvernahme.

„Novomatic zahlt alle“ – das behauptete Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache im berühmt-berüchtigten Ibiza-Video. Und diese Aussage war es auch, weshalb gestern im Ibiza-U-Ausschuss geklärt werden sollte, ob sich der Glücksspielkonzern Lizenzen und Gesetze kaufen wollte und wer dafür bezahlt wurde. Die „Krone“ hatte in den letzten

Ex-Novomatic-Boss Harald Neumann nutzte sein Aussageverweigerungsrecht großzügig aus

➤ Mehrstündige Befragung von Ex-Glücksspielkonzern-Boss wurde zur Farce

Neumann entschlägt sich

Tagen brisantes Material veröffentlicht, das diesen Verdacht erhärtet. Es handelte sich um „Preislisten“ für Lizenzen und mögliche Zahlungen an Hubert Fuchs, dem ehemaligen Finanzstaatssekretär im ÖVP-geführten Finanzministerium. Der Vorwurf: Man habe über ihn versucht, Gesetzesänderungen zu erreichen.

Dieser wehrt sich. „Es gab keinen Deal meiner Person mit der Novomatic AG oder dieser zuzurechnenden Personen.“ Und: „Zu keinem Zeitpunkt wurde von mir ein Vorteil gefordert, noch wurde mir ein solcher je angeboten oder versprochen.“

Doch zurück zum U-Ausschuss: Noch bevor Ex-Novomatic-Boss Harald Neumann einvernommen wurde, schoben sich die ehemaligen Regierungspartner ÖVP und FPÖ gegenseitig

den schwarzen Peter in Sachen Novomatic zu. ÖVP-Fraktionsführer Wolfgang Gerstl sprach im Zusammenhang mit der „Preisliste“ von einem „FPÖ-Netzwerk“. FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker verwies darauf, dass Fuchs

dem ehemaligen ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger weisungsgebunden gewesen sei und daher gar kein Gesetz hätte machen können.

Ex-Novomatic-Boss verweigerte Aussage

Zur richtigen Farce machte den Ausschusstag schließlich Neumann selbst. Er war bis Februar Novomatic-Boss. In seinem Eingangsstatement zeigte er sich noch einigermaßen gesprächig. Da bestritt er etwa, dass es einen Deal zwischen der Novomatic und der FPÖ gegeben habe – FPÖ-Mann

Peter Sidlo soll bekanntlich aufgrund dieses Deals in die Funktion des Finanzvorstandes gehievt worden sein. Auch Parteispenden seien keine geflossen. Bei den Fragen der Abgeordneten verwies er dann fast immer auf sein Entschlagsrecht. Von einer „Preisliste“, die bei Alexander Merwald, Geschäftsführer der Novomatic-Schwesterfirma Novo Equity, gefunden wurde, wisse er nichts. Merwalds Befragung wurde gestern aus Zeitgründen vertagt.

Das Dilemma: Neumann steht im U-Ausschuss unter Wahrheitspflicht, muss sich aber als Beschuldigter in laufenden Ermittlungen nicht selbst belasten – sein Aussageverweigerungsrecht nutzte er großzügig aus. Letztlich wurde seine Befragung vorzeitig beendet. Er soll nochmals in den U-Ausschuss zitiert werden. Fortsetzung folgt also. Sandra Schieder

Zu keinem Zeitpunkt wurde von mir ein Vorteil gefordert, noch wurde mir ein solcher je angeboten oder versprochen.

Ex-FPÖ-Finanzstaatssekretär
Hubert Fuchs

Fassungslosigkeit rund um die Befragung des Ex-Novomatic-Managers

bei der Opposition

Ein Auftritt sorgt für heftige Kritik

Die Befragung von Ex-Novomatic-Vorstand Neumann geriet zur Farce. Die Parteienvertreter zeigten sich größtenteils „fassungslos“ und erwägen gar die Beantragung einer Beugestrafe. Für Aufregung sorgte auch der Ausschuss-Vorsitzende Wolfgang Sobotka, der die Sitzung wegen eines anderen Termins verlassen hat.

„Wir sind fassungslos.“ Harald Neumann zusammen. So fasste Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper den gestrigen Auftritt von

verhältniss des Ausschuss-Vorsitzenden Wolfgang Sobotka (ÖVP) zu Ex-Novomatic-Sprecher Bernhard Krumpel wisse, der auch einmal Sobotkas Sprecher war. Ein längst bekanntes Faktum. Die Parteienvertreter zeigten sich empört und erwägen die Beantragung einer Beugestrafe gegen

Neumann (dabei handelt es sich um eine Geldstrafe, die der Millionär wohl verschmerzen dürfte). „Immer wenn es um ÖVP oder Spenden an das Alois-Mock-Institut ging, dessen Präsident Sobotka ist, wurde es kafkaesk“, monierten Krisper und SPÖ-Vertreter Jan Krainer. Auch FPÖ-Mann Christian

Hafenecker übte Kritik. Nur ÖVP-Vertreter Gerstl hielt sich zurück („Novomatic-Sponsorings gab es auch für andere Parteien“). Dass Sobotka dann noch die Sitzung verließ (er hatte ein Treffen mit den anderen Parlamentspräsidenten), sorgte für zusätzliche Irritationen. „Wir haben vorher nichts davon gewusst“, sagte Krainer, der sich mit Sobotka davor das eine oder andere Schirmmützel geliefert hatte. Grünen-Vertreterin Nina Tomaselli zum Schluss: „Neumann wird noch einmal geladen. Er wird an seiner Aussage nicht vorbeikommen.“ Erich Vogl

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Eine Polizei, die gerne überall Überwachungskameras hätte, meint damit üblicherweise nicht die Handys der Bürger, die auf die Polizei gerichtet sind.

Immer wenn es um die ÖVP oder Spenden an das Alois-Mock-Institut ging, dessen Präsident Sobotka ist, war es kafkaesk.

Stephanie Krisper, Neos-Abgeordnete

Sponsorings von Novomatic gab es auch im Umfeld anderer Parteien. In den Akten geht es immer um FPÖ-Vertreter.

Wolfgang Gerstl, ÖVP-Fraktionsführer

Wolfgang Sobotka, Nationalratspräsident und Vorsitzender des U-Ausschusses, sorgte für Irritation am gestrigen dritten Tag.



„Kurier“ 09.06.2020

Ibiza-Ausschuss: Jetzt geht's um die Novomatic

Verdächtige „Preis“-Notizen aufgetaucht

Dritter Befragungstag. „Die Novomatic zahlt alle“.

Gut möglich, dass dieser einprägsame und von der Novomatic stets zurückgewiesene Satz von Heinz-Christian Strache aus dem berühmt-berüchtigten Ibiza-Video in dieser Woche öfter zitiert wird.

Die Vermutung liegt nahe, widmen sich die Parlamentarier im einschlägigen Untersuchungsausschuss doch am Dienstag vor allem der 2019 aufgepoppten Casinos-Affäre, in der der niederösterreichische Glücksspielkonzern Novomatic eine maßgebliche Rolle spielt. Am Mittwoch geht es dann auch um Spenden an FPÖ-nahe Vereine, sprich den Vorwurf der verdeckten Parteienfinanzierung.

Im zentralen Fall „Novomatic/Casinos“ dreht es sich um zweierlei: Um die strafrechtlich relevanten Vorwürfe der Bestechung, der Untreue und des Amtsmissbrauchs sowie um den vor allem politisch relevanten Vorwurf des ungenierten Postenschachers. Auch prominente ÖVPLer werden als Beschuldigte geführt, darunter Ex-Vizekanzler Josef Pröll oder Ex-Finanzminister Hartwig Löger.

Das Video kommt

Zuvor aber müsste die Posse um das Ibiza-Video selbst, also um das mehrstündige Filmmaterial, heimlich aufgenommen im Sommer 2017, ein baldiges Ende finden.

Rechneten Insider mit weiteren Verzögerungen bei der Übermittlung des im April sichergestellten Materials, so hieß es jetzt am Montag, dass das Video noch am selben Tag der Staatsanwaltschaft übermittelt wird. Zuvor war es im Zuständigkeitsbereich des schwarzen Innenministeriums ausgewertet worden. Jetzt muss die Staatsanwaltschaft – im Zuständigkeitsbereich der grünen Justizministerin – entscheiden, wann das Video ins Parlament kommt. Zuvor ist freilich noch die Oberstaatsanwaltschaft am Zug. Wie lange sie wieder für die Video-Freigabe braucht, ist unklar.

Dort befragten die Abgeordneten zum Ausschuss-Start am vergangenen Donnerstag die Video-Hauptdarsteller Strache und Johann Gudenus tatsächlich noch, ohne das ganze Video zu kennen. Aus diesem und anderen Gründen („Entschlagungsrecht“ bei laufenden Verfahren) hatten Strache und Gudenus ein relativ leichtes Spiel. Erkenntnisgewinn bisher: Mau.

Das kann sich am Dienstag rasch ändern. Den Auftakt macht Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann, der heuer überraschend zurückgetreten ist. Er gab „familiäre Gründe“ für seinen Rückzug an. Gut möglich aber, dass Novomatic-Eigentümer und Multimilliardär Johann Graf, der aus gesundheitlichen Gründen nicht beim Ausschuss erscheint, die Reißleine gezogen hat. Neumann könnte deshalb gewillt sein, mehr als in seiner aktiven Zeit zu verraten. Freilich ist auch er ein Beschuldigter in der Casinos Affäre.

Nach ihm ist ein Oberstaatsanwalt der Korruptionsstaatsanwaltschaft an der Reihe, Matthias Purkart. Er wird zum Video-Verbleib und zum offenbar tiefen Misstrauen zwischen Polizei und Justiz befragt.

Preise für Lizenzen?

Als Dritter im Bunde folgt am Dienstag der aktive Novomatic-Manager Alexander Merwald. Bei ihm wurde bei einer Hausdurchsuchung eine Art „Preiszettel“ für offenbar drei verschiedene Lizenz-Wünsche der Novomatic sicher gestellt. Das berichtete die *Krone*. Abgeordnete vermuten aufgrund der Merwald-Notiz, dass die Novomatic jeweils rund 1,5 Millionen Euro für eine Casino-Lizenz in Wien, im Burgenland bzw. im Internet zu zahlen bereit gewesen wäre. Freilich hat auch hier der Novomatic-Anwalt längst ausrichten lassen, dass es sich um nichts als „Vermutungen und Unterstellungen“ handle, die man als „tatsachenwidrig“ zurückweise.

MICHAEL BACHNER

„Kronen Zeitung“, 09.06.2020



Kronen Zeitung
UNABHÄNGIG
Wien Krone

krone.at Ausgabe Nr. 21
Wien 1190, Muthgasse 2, ☎ 05 7060-6
Abonnement-Service: ☎ 05 7060-6

mit dem online Segment, EU weit und transparent ausgeschrieben werden, dann sehen wir da eine rasche und gute Möglichkeit. Wenn wir dann zb. Praterspielbank und Online in einem hätten und vielleicht noch eine in NÖ oder Burgenland Spielbank, dann wäre das schon was... Auch wenn dann ein... geht ist das immer noch sehr interessant.



HD am: 11
Ort:
GZ: 3
12100

1) 1 (legat)
2) Cam...
3) Online...
4) Sportwe...
1) 25.800 R...
~ 6150k
2) 6150k
3) 6150k
4) 6150k

5) €17 pro 1 Spiel...
€05 25k
4) 6150k

Der Casinos-Deal der FPÖ

Es begann mit Heinz-Christian Straches Ibiza-Sager: „Die Novomatic zahlt alle.“ Nun erhärtet sich für die Staatsanwaltschaft der Verdacht der Käuflichkeit. Im Fokus steht Ex-Staatssekretär Fuchs (rechts). Für hohe Honorare soll sich Novomatic Lizenzen erhofft haben. SEITEN 2/3

Die Justiz hält fest: Es

Causa Casinos: Die Staatsanwaltschaft erhärtet den Verdacht der Käuflichkeit. Im Fokus steht Ex-Staatssekretär Fuchs (FPÖ). Es geht um hohe Honorare von Novomatic, der Konzern soll sich Lizenzen erhofft haben.

Preisliste für Casino-Lizenzen? Erfolgshonorar für den Finanz-Staatssekretär vom Glücksspielriesen Novomatic? Die „Krone“ berichtete gestern über diesen von Ermittlern gehegten Verdacht und Inhalte aus brisanten Dokumenten aus der Affäre rund um Novomatic/Casinos. Sicherergestellt bei einer Hausdurchsuchung im März 2020 bei Novomatic-Manager Alexander Merwald, einem der Beschuldigten in der Korruptionscausa.

Es gibt eine Fortsetzung der Geschichte, die mit dem von Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache auf Ibiza getätigten Satz „Novomatic zahlt alle“ begann. Die hat



Einzig relevantes Ziel von Novomatic war es, durch Fuchs geplante Online- und Casinolizenzen zu realisieren.

Aus einem Dokument der WKStA

es in sich. Der „Krone“ liegt ein Dokument vor, worin die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) davon ausgeht, dass u. a. der ehemalige Staatssekretär Hubert Fuchs (FPÖ) von Novomatic hohe Geldsummen erhalten haben dürfte (auch wenn noch keine Zahlungen nachgewiesen werden konnten). Im Dokument heißt es: „Die Annahme einer Vorteilszuwendung von jeweils über 50.000 Euro ergibt sich aus der vorliegenden Vertragsgestaltung, aufgrund derer für die Vertragslaufzeit zwischen Februar 2019 bis Ende 2020 monatlich jeweils 12.250 Euro – somit insgesamt 281.750 Euro – zuzüglich eines der Höhe nach noch nicht bekannten Erfolgshonorars bezahlt werden sollen, wobei keine nachvollziehbaren werthaltigen Leistungen gegenüberstehen.“

Es gab demnach ein Abkommen. Mittelsmann sei ein FPÖ-naher Steuerberater gewesen, er sei von den Novomatic-Bossen Johann



Ex-Novomatic-Vorstand Harald Neumann soll mit der FPÖ gedealt haben.

Graf und Harald Neumann (auch gegen sie wird ermittelt) beauftragt worden, „vertrauensvollen Kontakt“ zu Fuchs herzustellen.

Der Mittelsmann und die Scheinrechnungen

Fuchs sollte, so der Verdacht, Novomatic bei der „geplanten Realisierung von Online- und Casinolizenzen“ helfen. Der Mittelsmann sollte „Vermögensvorteile

auch dem wirklichen Entscheidungsträger MMag. DDr. Hubert Fuchs anbieten und weiterreichen“. Die Rede ist auch von Scheinrechnungen, um Zahlungen für Nichtleistungen zu tarnen.

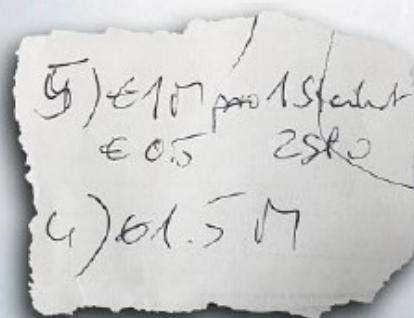
Die WKStA spricht von „pflichtwidriger Vornahme eines Amtsgeschäfts“ durch Strache und Fuchs, „die einen Vorteil für sich und einen Dritten gefordert haben“. Der dritte Mann sei

gab einen Deal



Hubert Fuchs war Finanz-Staatssekretär. Nun steht der FPÖ-Politiker im Visier der Justiz. Er steht unter Verdacht, „Honorare“ via Novomatic erhalten zu haben. Auch eine „Preisliste“ für Lizenzen wurde bei Hausdurchsuchungen konfisziert.

Foto: www.picturedesk.com



FPÖ-Mann Peter Sidlo, als Vorstandsmitglied bei den Casinos (an denen Novomatic bis vor Kurzem beteiligt war) installiert, obwohl seine Eignung höchst umstritten war.

Der schlimme Verdacht nimmt Konturen an

Es habe eine Vereinbarung zwischen Strache/Fuchs und Graf/Neumann gegeben. FPÖ-Sidlo

in den Vorstand der Casinos, die andere Seite (so die WKStA) sah darin ein „*geeignetes Mittel für die gewünschte pflichtwidrige Lizenzvergabe und Bevorzugung der Novomatic*“. Neumann soll diesen Vorgang „*nur einen Teil unseres FPÖ-Deals*“ genannt haben. Flankierende Maßnahme zur Bestellung von Sidlo war laut Protokoll Druck auf Casinos-Aufsichtsratschef Wal-

ter Rothensteiner (ebenfalls Beschuldigter). Heute dürfte es also spannend werden im U-Ausschuss. Harald Neumann und Alexander Merwald, der auch eine Rolle bei der Anbahnung des angeblichen Deals gespielt haben soll, sind geladen. Alle Genannten, gegen die ermittelt wird, bestreiten die Vorwürfe. Selbstverständlich gilt für sie die Unschuldsvermutung. Erich Vogl

„Mehr wollen wir eigentlich nicht“

Causa Glücksspiel. Bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmte Unterlagen eines Novomatic-Managers zeigen: Im Hintergrund gab es offenbar diskrete Gespräche über Glücksspiellizenzen.

Wien. Alexander Merwald ist Manager beim Glücksspielkonzern Novomatic und einer breiten Öffentlichkeit eher nicht so bekannt. Im Zug von Recherchen zur Causa Glücksspiel ist sein Name allerdings bereits aufgetaucht: Merwald war im vergangenen Jahr einer der Bewerber für den Job des Finanzvorstands der Casinos Austria. Er kam freilich nicht zum Zug. In einem Interview mit der „Presse“ im Dezember 2019 sagte Novomatic-Chef Harald Neumann, dass er für Peter Sidlo als Finanzvorstand gewesen sei. Merwald – offenbar Vertrauensperson des Generaldirektors – sei bloß Ersatzkandidat gewesen. Als die Staatsholding Öbag ebenfalls Sidlo die Unterstützung zugesagt habe, sei der Ersatzkandidat zurückgezogen worden. Den Vorstandsjob bekam

also bekanntlich Sidlo. Der Rest ist Geschichte.

Und die ist noch lang nicht fertig erzählt. Im März 2020 kam es nämlich auch zu einer Hausdurchsuchung bei Alexander Merwald, und dabei wurden recht interessante Unterlagen sichergestellt. Etwa Notizen von Merwald. Sie sind teils handschriftlich, teils maschinengeschrieben und liegen der „Presse“ vor, die „Kronen Zeitung“ hat bereits daraus zitiert.

Termin mit Fuchs

Da notierte Merwald einen „Termin vor Weihnachten“ und daneben den Namen Fuchs – gemeint ist wohl der seinerzeitige FPÖ-Staatssekretär im Finanzministerium, Hubert Fuchs. Er war damals für das Glücksspiel zuständig. Dann folgt eine Aufzählung ver-

schiedener Punkte, wie Bekämpfung des illegalen Glücksspiels, und dann „Casino I und II“. Weiter unten ist von Standorten Wien/Prater und Burgenland die Rede. Daneben steht „€ 1 M für ersten, 500.000 € für zweiten SO (Standort, Anm.)“. Am Rand vermerkt wurde noch „50K SF“. K steht für Tausend, laut „Krone“ seien sich die Ermittler nicht einig, ob „SF“ eine „Success Fee“, also ein Erfolgshonorar, bedeutet. Oder ob es die Abkürzung für „Staatssekretär Fuchs“ sei.

Im maschinengeschriebenen Teil der Notizen geht es um eine „Änderung des Glücksspielgesetzes, dahingehend dass es mehr als eine Online-Glücksspiellizenz gibt“. Wiederum handschriftlich wird dazu ergänzt: „1,5 M“, „offenbar 1,5 Millionen Euro für diese Li-

zenz“, schreibt die „Krone“, die hinter dem Betrag Nebenkosten vermutet.

Die Notizen Merwalds schließen mit dem Hinweis: „Die Kasinolizenz in Burgenland ist wichtig (Burgenland hat noch keine!!!)“ Schlusssatz: „Mehr wollen wir eigentlich nicht!“

Zeuge im U-Ausschuss

Merwald wird heute, Dienstag, im Untersuchungsausschuss als Zeuge befragt. Wie berichtet, wird in der Causa Glücksspiel der Frage nachgegangen, wieso Novomatic sich so sehr für den FPÖ-Kandidaten Peter Sidlo als Casinos-Finanzvorstand ins Zeug gelegt hat. Beziehungsweise ob sie dafür von der FPÖ Zusagen für Glücksspiellizenzen gehabt hat. Für alle gilt die Unschuldsvermutung. (kor.)

„APA“, 09.06.2020

U-Ausschuss und Ermittlungen kamen sich am dritten Tag in die Quere

Utl.: Ex-Novomatic-Chef Neumann entschlug sich bei den meisten Fragen - Staatsanwalt Purkart gab Einblick in Ermittlungen - Befragung von Novomatic-Manager Merwald vertagt

Wien/Basel/Gumpoldskirchen (APA) - Der parlamentarische Ibiza-U-Ausschuss und die parallel laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zur Causa Casinos sind sich am Dienstag in die Quere gekommen und viele Fragen offen geblieben. Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann entschlug sich, weil er Beschuldigter ist und Staatsanwalt Matthias Purkart von der WKStA ging auf Detailfragen nicht ein, um die Ermittlungen nicht zu gefährden.

Purkart gab aber neue Einblicke in der Ermittlungen: So habe der beschuldigte ÖBAG-Chef Thomas Schmid (ÖVP) sein Handy zurückgesetzt. Viele Nachrichten habe man aber wiederherstellen können. Beim Smartphone von Ex-FPÖ-Chef und Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache gab es eine Panne, dieses sei bei der Hausdurchsuchung zwar entsperrt übergeben worden, habe sich aber wieder von selbst versperrt. Man sei daher auf Straches Kooperation angewiesen gewesen.

Purkart sprach von einem "Puzzle", das seine Behörde zusammentragen müsse - "Belastendes als auch Entlastendes". Und: "Auch wenn wir viel wissen, alles wissen wir noch nicht." Purkart bestätigte, dass es auch Chats zwischen Strache und Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) gibt. Eine Relevanz wollte der Staatsanwalt mit Verweis auf die Ermittlungen aber nicht nennen.

Die Befragung von Neumann ist zuvor zu Mittag vorzeitig beendet worden. Der Rechts- und Legislativdienst des Nationalrates soll ein Gutachten zur Entschlagungspraxis anfertigen und Neumann danach nochmals geladen werden. Neumann hatte sich zuvor bei fast jeder Frage entschlagen, selbst bei der allgemeinen Frage zur Geschäftsstrategie des Glücksspielkonzerns.

"Es wird kafkaesk hier", stellte NEOS-Fraktionsführerin Stephanie Krisper nach fast vierstündiger, ergebnisloser Befragung Neumanns fest. Nach der unbeantworteten Frage zu Novomatics Ex-Pressesprecher, den so wie Neumann ebenfalls Beschuldigten Bernhard Krumpel, der zuvor im Büro von Wolfgang Sobotka (ÖVP) gearbeitet hatte, und mehreren Beratungen und Stehpräsidialen wurde die Befragung für eine Geschäftsordnungssitzung unterbrochen und dann abgebrochen.

"Wir werden versuchen, ein professionelles Prozedere auf den Weg zu bringen", versprach der ÖVP-Abgeordnete Andreas Hanger, der den Ausschussvorsitz von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka übernommen hatte. Sobotka entschwand am Vormittag, zu einer Sitzung der Parlamentspräsidenten, wie es hieß.

Aus Sicht von Krisper und SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer verschwand Sobotka just als Neumann zum ÖVP-nahen Alois-Mock-Institut befragt wurde, dessen Präsident Sobotka ist. Krainer kritisierte, dass das Entschlagungsrecht vom Ausschussvorsitz weiter ausgelegt worden sei als in den letzten U-Ausschüssen. Die NEOS halten Sobotka für befangen.

Als dritte Auskunftsperson stand am Nachmittag eigentlich noch der Geschäftsführer der Novomatic-Schwesterfirma Novo Equity, Alexander Merwald, auf der Ladungsliste. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird dieser jedoch erst an einem anderen Tag befragt, wie Hanger am Rande des U-Ausschusses zur APA sagte.

Bei Merwald hat die WKStA eine mutmaßliche "Preisliste" für Gesetze und Lizenzen gefunden, die laut einem Bericht der "Kronen Zeitung" die Verdachtsmomente unter anderem gegen den Ex-Staatssekretär im Finanzministerium, Hubert Fuchs (FPÖ), erhärten sollen. Der nunmehrige FPÖ-Nationalratsabgeordnete wies die Vorwürfe am Dienstag zurück - so wie alle anderen Beschuldigten bisher auch : "In keinsten Weise ist aus dem Papier eine Involvierung meiner Person in irgendwelche Geldflüsse ableitbar", erklärte Fuchs in einer Aussendung des FPÖ-Parlamentsklubs.

Der Ibiza-U-Ausschuss geht am Mittwoch weiter. Neben dem ehemaligen freiheitlichen Nationalratsabgeordneten Markus Tschank ist auch der Leiter der "SoKo Tape", Andreas Holzer, geladen. Ursprünglich hätten der ehemalige Casinos-Manager Dietmar Hoscher (SPÖ) und der frühere Generaldirektor der teilstaatlichen Casinos Austria AG (Casag), Alexander Labak, kommen sollen. Beide sagten ab.

„APA“, 09.06.2020

U-Ausschuss - Neumann-Befragung ohne Erkenntnisse vorzeitig beendet

Utl.: Rechts- und Legislativdienst des Parlaments soll Entschlagungsrechte beleuchten

Wien (APA) - Die Befragung von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann ist am Dienstag im Ibiza-U-Ausschuss beendet worden, ohne die Befragungszeit zu ganz auszunutzen. Grund ist, dass der U-Ausschuss laut APA-Informationen beim Rechts- und Legislativdienst des Nationalrates ein Gutachten anfordert, das die Entschlagungsrechte von Auskunftspersonen beleuchtet. Neumann hatte sich zuvor bei fast jeder Frage entschlagen.

Neumann wird nochmals geladen. Jede Fraktion hat ihn nur einmal befragt. Möglich sind drei Befragungen durch jede Partei.

„APA“, 09.06.2020

Causa Casinos: Stellungnahme MMag. DDr. Hubert Fuchs zum heutigen „Krone“-Artikel

Wien (OTS) - In Zusammenhang mit dem heutigen „Krone“-Artikel zur Causa Casinos hält der freiheitliche Nationalratsabgeordnete MMag. DDr. Hubert Fuchs fest: „Ich weise die darin aufgestellten pauschalen Verdächtigungen wider meine Person auf das Allerschärfste zurück. Das genannte Papier und dessen Inhalt wurden mir erstmals vor wenigen Tagen im Wege der Akteneinsicht bekannt. Ich war in die Erstellung beziehungsweise den Inhalt dieses Papiers nicht eingebunden. In keinster Weise ist aus dem Papier eine Involvierung meiner Person in irgendwelche Geldflüsse ableitbar. Es gab keinen Deal meiner Person mit der Novomatic AG oder dieser zuzurechnenden Personen. Zu keinem Zeitpunkt wurde von mir ein Vorteil gefordert, noch wurde mir ein solcher je angeboten oder versprochen. Mir wurde auch zu keinem Zeitpunkt ein Vorteil für einen Dritten angeboten, versprochen oder in Aussicht gestellt. Die ‚Krone‘ interpretiert einzelne Ermittlungsergebnisse in präjudizierender Weise.“

„APA“, 09.06.2020

U-Ausschuss - Neumann: Kein Deal mit FPÖ oder anderen Parteien

Utl.: Ex-Novomatic-Manager will sich nur auf legalen Wegen für seinen Konzern eingesetzt haben - Und das sei die Pflicht eines Managers - Nach Statement wenig auskunftsfreudig

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Erste Auskunftsperson im Ibiza-U-Ausschuss ist am Dienstag Harald Neumann gewesen. Er war bis Februar Chef des Glücksspielriesen Novomatic. "Novomatic zahlt alle", hatte Ex-FPÖ-Chef und -Vizekanzler Heinz Christian Strache im berühmt-berüchtigten Ibiza-Video gesagt. Neumann dementierte in seinem Eingangsstatement vehement, dass der Konzern Parteispenden getätigt hat - weder offene noch verdeckte.

Neumann war als Novomatic-Vorstandsvorsitzender auch Mitglied im Casinos-Aufsichtsrat. "Ich habe beide Tätigkeiten immer korrekt, gewissenhaft und sorgfältig ausgeübt. Es lag mir fern, Amtsträger zu bestechen, Vorteile oder gar eine eigene Bereicherung zu lukrieren." So habe es auch "keinen Deal mit der FPÖ oder anderen Parteien oder Parteispenden gegeben", sprach Neumann in seiner Eingangsstellungnahme von "unrichtigen Behauptungen in Medien". Bei den anschließenden Fragen entschlug sich Neumann, weil gegen ihn ermittelt wird.

"Novomatic zahlt alle", hatte Strache im Ibiza-Video gesagt. Dazu Neuman auf Fragen der Verfahrensrichterin: "Strache hat diese Aussage aus welchem Grund auch immer getätigt und eidesstattlich wieder zurückgenommen - und sich bei uns entschuldigt, dass dies in keiner Weise der Wahrheit entspricht. Daher glaube ich Strache. Diese Aussage kann nur falsch gewesen sein."

Freilich aber sei Novomatic im Kontakt mit der Politik gestanden, räumte der ehemalige Manager ein. Aufgrund des heimischen Glücksspielgesetzes, müsse man mit dem Finanzministerium in Kontakt sein, um "Anliegen" vorzubringen, "ähnlich wie bei Banken". Eine eigene Behörde gebe es ja nicht. "Es ist Aufgabe eines Vorstandsvorsitzenden, Interessen zu vertreten - vor allem wenn das Glücksspielgesetz wie in Österreich einige massive Schwächen aufweist", rechtfertigte Neumann die eingeräumten Kontakte zur Politik. Sein Lobbying habe er aber nie verknüpft mit dem Gewähr von Vorteilen, betonte er.

Neumann kritisierte das Glücksspielgesetz. "Die Regeln sind für alle legalen Marktteilnehmer nicht gut." Sie seien unter anderem äußerst komplex und der Gesetzesvollzug verlaufe "schleppend oder gar nicht". Zudem existiere ein Glücksspielmonopol, das in EU-Kritik stehe. "Es ist auch bekannt, dass zahlreiche illegale Anbieter am Mark sind." Dazu kämen fehlende Spielerschutzstandards.

"Wir halten uns selbstverständlich an alle regulatorischen Vorgaben, die illegalen Anbieter - von denen sogar Steuern eingehoben werden - aber nicht. "Es ist wesentlicher Aspekt und Aufgabe eines Vorstandschefs, die zuständigen Politiker über die Sachlage zu informieren."

Auch sehe das Glücksspielgesetz 15 Lizenzen vor, vergeben seien aber nur 12, so Neumann. Die Ausschreibung der drei fehlenden sei 2015 wegen Mangelhaftigkeit beendet worden, neu aufgenommen sei sie bisher nicht geworden. Da habe Novomatic das Finanzministerium drauf hingewiesen, neu auszuschreiben.

Zur Lotteriekonzession sagte Neumann, dass diese bis 2027 vergeben sei. Es handle sich bei dem Thema also um "lebensfremde Vorwürfe", "wer weiß schon was dann für eine Regierung an der Macht ist und ob sich Novomatic dann überhaupt für die Konzession bewirbt", so der Ex-Manager.

Die Kooperationsvereinbarung mit dem FPÖ-nahen Verein "Institut für Sicherheitspolitik" bestätigte Neumann, sie laufe noch bis ins kommende Jahr. Den Ermittlungsbehörden seien alle Unterlagen geliefert worden. "Mehr will ich dazu nicht sagen." Dass der FPÖ-Man Peter Sidlo trotz recht negativer Bewertung eines Personalberaters Casinos-Manager geworden ist - Novomatic hielt ja eine Casinos-Beteiligung - verteidigte Neumann.

Nach dem Verlesen seiner Stellungnahme gab sich Neumann wenig auskunftsfreudig. Er entschlug sich bei den meisten Fragen der Abgeordneten. Er habe noch keine vollständige Akteneinsicht gehabt, es sei also schwierig, zu Vorwürfen Stellung zu nehmen. "Auch wenn es mir schön langsam unangenehm wird, aber auch das ist Teil des Ermittlungsverfahren, zu dem ich noch nicht einvernommen wurde. Daher muss ich mich wieder entschlagen, um mich nicht selbst zu belasten", verwies Neumann auf sein Aussageverweigerungsrecht als Beschuldigter.

Bei den Fraktionen entbrannte ein Geschäftsordnungsstreit mit Unterbrechungen. Die Fraktionen diskutierten dabei, aus welchen ganz konkreten Gründen sich eine Auskunftsperson sich tatsächlich entschlagen könne. Auf Dinge, die sich in den Akten fänden, müsse eingegangen werden, kamen die Politiker zum Schluss. Zum Verdacht von Preislisten wisse er nichts, so Neumann, da müsse man wohl den Manager der Novomatic-Schwester Novo Equity, Alexander Merwald heute fragen.

„www.azarplus.com“, 09.06.2020

Difundimos el Vídeo publicado su Cuenta Oficial de Youtube, en el que se muestran las medidas tomadas para Casino Admiral San Roque, bajo el hastag de #DivierteteSeguro #PlaySafe, medidas también implementadas en Casinos Admiral de Sevilla y Granada

‘¡Es hora de volver a vernos!’ en los Casinos ADMIRAL de NOVOMATIC



9 junio, 2020

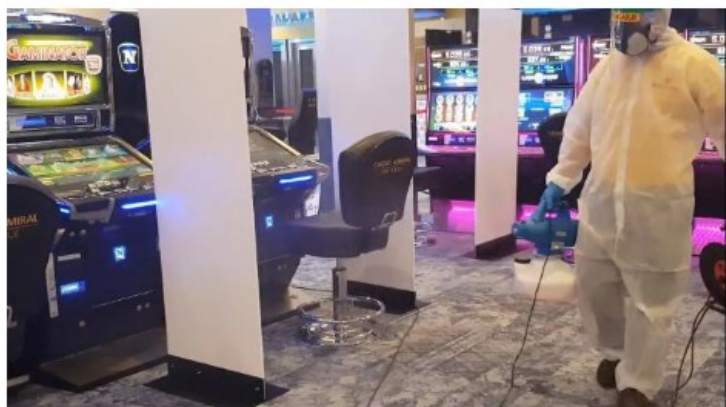
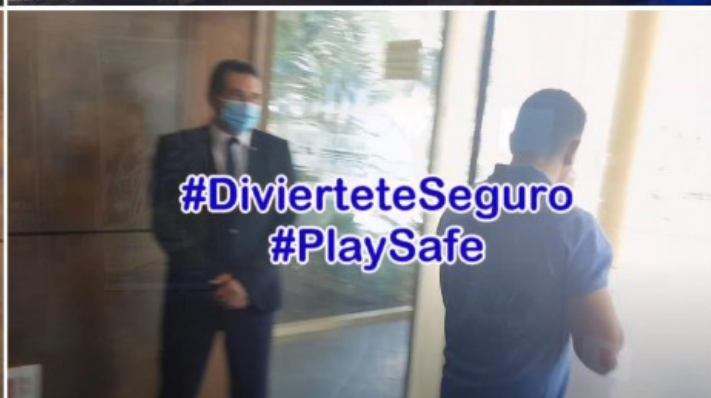
AZARplus

Los Casinos ADMIRAL de NOVOMATIC nos recuerdan que '¡Es hora de volver a vernos!', título del magnífico Vídeo publicado en la Cuenta Oficial de ADMIRAL CASINOS ESPAÑA que difundimos, en poco menos de dos minutos, podemos conocer las concienzudas medidas de seguridad y desinfección aplicadas en el Casino Admiral San Roque.

Como puede verse en el Vídeo, no solo se ha higienizado el establecimiento con importantes medidas de desinfección, dejándolo listo para la reapertura, sino que además se han implementado los cambios necesarios para crear un entorno seguro tanto para los clientes como en lo que respecta a los empleados.

A la implementación del material de protección consistente en mascarillas, guantes, así como al lavado de manos de empleados y también de cada cliente en la entrada con gel hidroalcohólico, todo ello forma gratuita, se lleva a cabo la aplicación de productos limpiadores eficaces contra el Covid-19 en distintas superficies, antes y después de cada uso.

Igualmente, se ha colocado una clara señalización e información útiles para informar sobre la higienización de los puestos en las diferentes Máquinas, así como para llevar a cabo el recomendado lavado de manos y las distancias de seguridad de la forma más efectiva. Todo está preparado para "volver a vernos" Casinos Admiral de Sevilla, San Roque y Granada. ¡No te pierdas el Vídeo!



„APA“, 09.06.2020

U-Ausschuss behandelt wieder Straches "Novomatic zahlt alle"-Sager

Utl.: Geht um von der Staatsanwaltschaft georteten Deal, wonach FPÖ-Mann Sidlo Casinos-Vorstand wurde und im Gegensatz Novomatic Lizenzen erhalten sollte

Wien (APA) - "Novomatic zahlt alle" hat Ex-FPÖ-Chef und -Vizekanzler Heinz Christian Strache im berühmt-berüchtigten Ibiza-Video gesagt. Und dieser Frage geht der nunmehrige Ibiza-U-Ausschuss am Dienstag nach. Als erstes geladen war Harald Neumann, bis vor Kurzen Novomatic-Chef. Indes hat die Staatsanwaltschaft den Verdacht der Käuflichkeit erhärtet, ging aus einem Bericht der "Kronen Zeitung" hervor.

Demnach steht der Ex-Staatssekretär im Finanzministerium Hubert Fuchs (FPÖ) im Fokus. Es geht um hohe Honorare von Novomatic, der Konzern soll sich Lizenzen erhofft haben. Wie berichtet wurde auch eine "Preisliste" für Lizenzen bei Hausdurchsuchungen konfisziert - bei einer Hausdurchsuchung heuer im März 2020 beim Manager der Novomatic-Schwester Novo Equity, Alexander Merwald, der in der Causa wie Neumann und viele weitere als Beschuldigter geführt und heute Nachmittag auch im U-Ausschuss geladen sein wird. Für alle gilt die Unschuldsvermutung.

Im Akt hält die Korruptionsstaatsanwaltschaft WKStA laut "Kronen Zeitung" fest: "Die Annahme einer Vorteilszuwendung von jeweils über 50.000 Euro ergibt sich aus der vorliegenden Vertragsgestaltung, aufgrund derer für die Vertragslaufzeit zwischen Februar 2019 bis Ende 2020 monatlich jeweils 12.250 Euro - somit insgesamt 281.750 Euro - zuzüglich eines der Höhe nach noch nicht bekannten Erfolgshonorars bezahlt werden sollen, wobei keine nachvollziehbaren werthaltigen Leistungen gegenüberstehen."

Die WKStA spricht laut dem Zeitungsbericht von "pflichtwidriger Vornahme eines Amtsgeschäfts" durch Strache und Fuchs, "die einen Vorteil für sich und einen Dritten gefordert haben". Der dritte Mann sei FPÖ-Mann Peter Sidlo, der bei den Casinos als Finanzvorstand installiert wurde. Es habe eine Vereinbarung zwischen Strache/Fuchs und Novomatic-Eigentümer Johann Graf und -Manager Neumann gegeben. Novomatic sah als Casinos-Miteigentümerin darin laut WKStA ein "geeignetes Mittel für die gewünschte pflichtwidrige Lizenzvergabe und Bevorzugung der Novomatic". Neumann soll diesen Vorgang "nur einen Teil unseres FPÖ-Deals" genannt haben.

Weitere Auskunftsperson ist heute am Nachmittag Matthias Purkart von der WKStA.

„APA“, 08.06.2020

Causa Casinos - Bericht: "Preisliste" für Lizenzen beschlagnahmt

Utl.: "Kronen-Zeitung": Im März beschlagnahmte Notizen von Novomatic-Manager sind Indiz für mögliche Absprachen über Glücksspiel-Lizenzen

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Der "Kronen-Zeitung" wurden Notizen zugespielt, die im März 2020 bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Novomatic-Managers Alexander Merwald in Wien beschlagnahmt wurden. Nach Darstellung der Staatsanwälte handle es sich dabei um eine Art "Preisliste", vermutlich für zwei Kasinolizenzen für Wien und das Burgenland, die insgesamt 1,5 Mio. Euro kosten würden, berichtete die Zeitung am Montag.

Merwald, Geschäftsführer der Novo Equity GmbH, soll morgen (Dienstag) dem Ibiza-Untersuchungsausschuss Auskunft über jene Vorgänge geben, die im Herbst 2019 als "Causa Casinos" aufgefliegen sind und zu Hausdurchsuchungen bei Regierungsmitgliedern der ehemaligen türkis-blauen Koalition geführt haben. In der Casinos-Personalaffäre geht die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) dem Verdacht nach, dass es bei der Bestellung des Wiener FPÖ-Bezirksrats Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos Austria Absprachen zwischen der ÖVP-FPÖ-Regierung und dem damaligen Casinos-Miteigentümer Novomatic gegeben haben könnte.

Laut "Kronen-Zeitung" mutmaßen die Ermittler, dass es sich bei den Geldsummen, die in den beschlagnahmten Notizen angeführt sind, um "Preise" für Gesetzesänderungen und für Kasinolizenzen handeln könnte. Beispielsweise würde in dem Dokument "Standorte Wien/Prater und Burgenland (Parndorf)" stehen, daneben vermerkt: "€ 1 M" für den ersten, 500.000 Euro für den zweiten Standort. Die Randnotiz "50K SF" könnte für "success fee" oder für "Staatssekretär Fuchs" stehen, wird spekuliert. Auf der ersten Seite der Notizen soll auch der Vermerk "Termin vor Weihnachten Fuchs" gefunden worden sein. Vermutlich handle es sich dabei um den ehemaligen FPÖ-Staatssekretär Hubert Fuchs.

Novomatic-Anwalt Peter Zöchbauer sprach in einer schriftlichen Stellungnahme gegenüber der APA von "Vermutungen und Unterstellungen", die man als "tatsachenwidrig" zurückweise. "Meine Mandantin kooperiert vollumfänglich mit den Behörden. Wir sind davon überzeugt, dass sich die Haltlosigkeit der Vorwürfe aufklären und das Ermittlungsverfahren eingestellt werden wird", so Zöchbauer am Montag.

Mehr über den vermeintlichen Gesetzeskauf wollen die Grünen in der anbrechenden zweiten Woche des Ibiza-Untersuchungsausschusses erfahren, wie sie am Montag mitteilten. Sie wollen wissen, ob sich Reiche und Konzerne in Österreich Gesetze kaufen konnten und hoffen zu erfahren, ob und wie das politische System mitgespielt habe, so Nina Tomaselli, Fraktionsführerin der Grünen im U-Ausschuss.

"Es gilt, herauszufinden, was die Gegenleistung - oder die Vorleistung - für die fragwürdige Postenbesetzung bei den Casinos war. Wer hat was bekommen, damit ein FPÖ-Bezirksrat in den Casinos-Vorstand gehievt wird", sagte Tomaselli in einer Aussendung.

"Und wir wollen uns ansehen, wie das während der türkis-blauen Bundesregierung abgelaufen ist: Hat das Glücksspiel Einfluss auf die Politik genommen oder die Politik auf das Glücksspiel?", fragt sich Tomaselli. "Dahinter steckt jedenfalls System", vermutet sie.

Auch bezüglich der Ermittlungen der Soko Tape haben die Grünen einige Fragen, die im U-Ausschuss zur Sprache kommen sollen. "Was ist da los bei der SOKO Tape? Pannen bei Hausdurchsuchungen, wie zum Beispiel ein Keller, der einfach nicht durchsucht wurde. Auch gibt es genügend Hinweise darauf, dass Ermittler den damaligen Regierungsparteien nahe gestanden sind", kritisierte der Grünen-Abgeordnete David Stögmüller am Montag und kündigte an, es gelte nun, das "enge Netzwerk von Politik und Ermittlern zu entflechten".